

Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 40.

Sonnabend, den 6. Oktober 1888.

II. Jahrgang.

**Der Tod Kräcker's. — Das Gewerbe-
schiedsgericht in Berlin. — Das neue Gewissen. —
Die näher rückende Weltkrisis. — Die italie-
nischen Sozialisten und die Frauenarbeit. —
Gewerkschaften der Arbeiterinnen. — Die
Arbeiterwohnungsfrage in Frankreich. III.**

**— Schnitzel.
Gedicht von Veranger. — Skizze von
Zola. — Ein Bischof, der sein Amt nieder-
legt. — Die Wohnungsnoth der Arbeiter. —
Lohnstatistiken der Arbeiter und der Unter-
nehmer. — Die Erklärung der Menschenrechte
in Frankreich. —**

**Politische Nachrichten. — Kleine Mitthei-
lungen. — Gewerkschaftliches. — Vereine und
Versammlungen.**

Arbeiter und Parteigenossen!

Tretet eifrig für die **weitere Verbreitung** dieses Blattes ein!

Bestellungen nehmen in Berlin alle Expeditoren entgegen.

Listen zum Sammeln von Abonnenten jederzeit durch unsere Expedition, Oranienstraße 23, zu beziehen.

Man veräume nicht, von jedem **Wohnungs-
wechsel** den Expeditoren zu unterrichten, damit keine Störungen in der Bestellung erfolgen.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne.“
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

† Julius Kräcker †.

Geb. am 26. Juni 1839.
Gest. am 2. Oktober 1888.

Nachdem Max Kayser in der Blüthe seiner Kraft von einem tödtlichen Leiden dahingerafft wurde, nachdem ein furchtbares Schicksal Wilhelm Hasenclever den Reihen der sozialistischen Mitstreiter entriß — trifft nun bereits ein dritter schwerer Schlag die deutsche Partei: Julius Kräcker, der langjährige Vertreter Breslaus im Reichstage, ist am Dienstag seinen schweren Leiden erlegen.

Kräcker, der Sohn armer Eltern und gelernter Sattler, war mehr als zwanzig Jahre in der Arbeiterbewegung thätig und er hat sein reichliches Maß von Verfolgungen auf sich nehmen müssen. Er gehörte z. B. zu denjenigen Reichstagsabgeordneten, gegen die auf Betreiben des Reichskanzlers die bekannten Diätenprozesse in Szene gesetzt wurden. Seine Verurtheilung zur Zahlung der von seiner Partei empfangenen Diäten an den Fiskus führte zur Auspöndung und Versteigerung seines Hausraums, ergab aber ein so geringes finanzielles Resultat, daß nicht einmal die Prozeßkosten gedeckt werden konnten. Kräcker war schon vor Jahren wegen Verletzung des § 130 des Strafgesetzbuches zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, die er auch verbüßte. Im vorigen Jahre wurde er in Breslau in einen Geheimbundsprozess verwickelt und als angeblicher Leiter einer angeblichen geheimen Verbindung angeklagt. Nach einer Untersuchungshaft von fünf Monaten, die ihm nicht angerechnet wurden, lautete das Urtheil schließlich auf sieben Monate Gefängniß. Diese sieben Monate trat Kräcker am dritten Ofterfeiertag dieses Jahres an, an welchem Tage er auf Befehl der Staatsanwaltschaft unerwartet verhaftet wurde, um das Gefängniß nur als Sterbender zu verlassen.

Möge er sanft ruhen!

Das deutsche Proletariat aber wird sein Andenken immer in Ehren halten.

Der Entwurf für ein Gewerbe- schiedsgericht in Berlin,

der im April d. J. vom Magistrat dem Oberpräsidenten zur Genehmigung überreicht ist, ist dort unter den Tisch gefallen.

Nachdem er dem Dezerenten (d. h. dem höheren Beamten, der die Sache zur Bearbeitung erhält), zu lange einen Posten auf dem Restenztel gebildet hatte, hat er die „Nummer erledigt.“

Dem Magistrat ist mitgetheilt, daß die Genehmigung des Statuts vorerst nicht in Aussicht gestellt werden kann, weil die für diesen wichtigen Gegenstand erforderlichen eingehenden Prüfungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

Der § 120a der Reichsgewerbeordnung, der diese Schiedsgerichte gestattet, steht also auch noch im Zeichen „eingehender Prüfungen“. Dabei mehren sich bei den arbeiterfeindlichen Innungen, die von vorneherein gegen die Arbeiter als partiell anzusehenden Schiedsgerichte (denn sonst würden sie von den Innungen nicht errichtet werden) fortwährend. Die Klagengegenstände werden so immer scharfer zugespitzt.

Ob die „Nummer“ mit diesem Bescheid zu den Akten geschrieben, d. h. begraben, oder ob sie zur Wiedervorlage nach so und so viel Jahren vorgezogen ist, das weiß man aus dem Bescheid nicht. Wir vermuthen das erstere.

Also lebwohl Hoffnung der Berliner Arbeiter auf ein unparteiisches Schiedsgericht, das auch in größeren Lohnstreitigkeiten zur Vermeidung von Streiks angerufen werden könnte!

Wozu auch? Die Unternehmer sind ja befriedigt, da die Arbeiter durch den Streikerlaß, Versammlungsverbote, Auflösung der Organisation, Behinderung der Streiksammlungen, nöthigenfalls durch Ausweisungen der Arbeiterführer hinlänglich geschwächt sind. Wozu ein Schiedsgericht, wenn ein Theil so stark ist, daß er den anderen mit Leichtigkeit unterwerfen kann?

Wir glauben kaum, daß eine andere Nachricht oder Maßregel so sehr die Situation bezeichnet, als diese der Ablehnung der Bestätigung des Entwurfes für ein Gewerbe-
schiedsgericht in Berlin.

Nun wissen wir doch, woran wir sind. Keine rechtliche Entscheidung, sondern Kampf, in welchem dem einen Theil die Hände gebunden sind! Es ist zu beklagen! wir können es aber nicht ändern. Wir müssen die Folgen tragen und uns auf diese Thatsachen einrichten.

Nur festes Zusammenstehen der Arbeiter trotz aller Hindernisse kann noch helfen, alle andere Hilfe verjagt.

Das neue Gewissen.

Wir haben schon oft Gelegenheit genommen, zu betonen, daß die Menge der wirtschaftlichen Erscheinungen, welche die herrschende Gesellschaftsform kennzeichnen, eine Sprache reden, deutlich und eindringlich genug, um alle ehrlichen Denker das wahre Wesen der Verhältnisse und ihre Unhaltbarkeit zu durchschauen lassen. Die scharfe Waffe der schneidigen, wenigstens sozialistisch angehauchten Kritik an der bestehenden Ordnung wird von immer mehr Kämpfern gehandhabt, selbst unter denjenigen Elementen, welche den letzten Grundgedanken des Sozialismus gegenüber noch immer verschlossen bleiben.

Einen neuen Beweis dafür liefert ein in seiner Weise trefflicher Artikel im diesjährigen Septemberheft der angesehenen, auch in Deutschland auf allen Bibliotheken vertretenen Monatschrift „North American Review“, überschrieben „the New Conscience“, das „Neue Gewissen“, und gezeichnet: Henry D. Lloyd.

Der werthvolle Grundzug dieses Artikels ist der Nachweis, daß heute der Arbeiter eine Waare, ein im Grunde vollständig unfreier Mensch sei und daß er dies nicht bleiben dürfe, wenn man Wandel schaffen wolle im sozialen Elend der Gegenwart.

An einer Stelle schreibt da der Verfasser:
„Es war die Macht des Schlachtfeldes, welches die Arbeiter des Alterthums in die Sklaverei zwang. Es ist die Macht des „Marktes“, welche den Arbeiter heutigen Tages in Abhängigkeit hält. Das Band, welches den Arbeiter an den „Meister“ fesselt, ist noch immer ein Band der Gewalt, wenn auch nicht mehr in Form einer sichtbaren Kette.“

„Ihr meint, der Arbeiter sei frei, er willigt selbst in alles ein. Ja wohl, frei wie der Sklave des Alterthums es war: zu arbeiten für das, was andere ihm geben wollen oder zu verhungern! Oder ist es die „freie Selbstbestimmung“ des Arbeiters, wenn er täglich zehn, zwölf, vierzehn Stunden arbeitet, die Löhne seiner Kameraden unterbietet, für hohe Miete in armseligen Kasernen lebt, den Tag über als Sklave der Maschine schafft, Weib und Kind in die Fabrik schiebt und fast alles opfert, was das Familienleben zu einem glücklichen macht?“

„Nein, es geschieht nicht nach ihrer Selbstbestimmung, daß sie ein Dasein leben nicht viel länger, als die Hälfte der durchschnittlichen Lebensdauer der Glücklichen! Ueber die ganze Erde hin kämpfen die Arbeiter dagegen, um sich selbst zu befreien, mit allen Mitteln der Streiks, der Proteste, der Organisation und oft selbst verzweifelter physischer Gewaltthatigkeiten. Ist das etwa das Benehmen von Leuten, welche ihr Schicksal selbst bestimmen, was ihnen beliebt? Man ist gezwungen dazu durch ein Nachtgebot; durch das Nachtgebot mehr eines Eroberers, sondern durch das der beiden Feldherren: „Angebot“ und „Nachfrage“.“

„Einst sagte man, daß die politische Regierung eine Bevormundung sei von Männern durch andere Männer und daß die Rechte der Herrschenden aus der Zustimmung der Beherrschten abzuleiten wären. Jetzt ist es offenbar, daß das Eigenthum ebenfalls gleichbedeutend ist mit der Macht des Menschen über andere Menschen. . . Daraus folgt dann, daß wenn das Volk ein Recht hat, seine politische Regierungsform zu bestimmen, es auch über das Recht verfügt, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln.“

Das klingt ganz anders, als was wir gewöhnlich zu hören bekommen: daß der Arbeiter ein freier Bürger, daß er mittels des freien Wahlrechtes und des freien Stimmzettels sein eigenes Geschick und seine soziale Lage selbst bestimme. Und es ist ein „freier Amerikaner“, aus dessen Feder jene Worte kommen!

Im weiteren Verlauf des Artikels führt dann der Verfasser aus, inwiefern die gegenwärtigen Eigenthums-
Verhältnisse — die Trennung von Kapital und Arbeit, würden wir sagen — gleichbedeutend seien mit der Macht des Menschen über den Menschen:

„Der Grundsatz des Zeitalters der Sklaverei war, daß der Arbeiter selbst eine Waare sei! Der Grundsatz des Zeitalters der Geldmacht ist, daß die Arbeitskraft eine Waare sei! Die Gesellschaft von heute, wie die von damals, unterstützt diesen Grundsatz mit allen ihren wirkungsvollen Machtmitteln der Institutionen und Gesetze.“

„Unter der Herrschaft der Sklaverei sagte der Sklavens-
baron: „Meine Arbeiter“. Unter dem System der Arbeitskraft als Waare sagt der Unternehmer genau ebenso: „Meine Arbeiter“. Er meint damit nicht: „meine Schafe, die ich füttern muß, sondern meine Schafe, die ich scheeren will.“

„Beide Grundsätze und alles, was auf ihrer Grundlage sich aufbaut, sind von zerstörender Wirkung, nicht nur für die Freiheitsrechte des Arbeiters, sondern für die Freiheitsrechte des Gesammtvolkes. Das „neue Gewissen“ daher, welches uns sagt: die Arbeit und der Arbeiter sind Eines und der Arbeiter soll und darf keine Waare sein — wird der Eckstein des künftigen sozialen Gebäudes werden.“

Leider bleibt der Verfasser in der Weiterführung dieses Gedankens nicht mehr konsequent. Er fordert daher nicht die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, er will das Verhältnis von Kapitalist und Arbeiter fortbestehen lassen, aber es soll verbessert, „versittlicht“ werden. Das soll das „neue Gewissen“ bewirken, d. h. eine sitt-

liche Umwälzung, wie sie zur Zeit des Christenthums und der Aufhebung der Sklaverei auch stattgefunden habe. (?) Der Arbeiter soll weiterhin auch in den Dienst des Kapitals treten, um leben zu können, aber er soll besser behandelt, nicht mehr als bloßes Arbeitsthier aufgefaßt werden.

„Die Alten“ — schreibt der Verfasser weiterhin — „kaufen und verkaufen Menschen. Wir kaufen und verkaufen nur ihr Herzblut. Die neue Theorie, daß nicht mehr der Arbeiter, sondern nur noch die Arbeitskraft eine Waare ist, hat uns wahrlich nicht vorwärts gebracht. Sie bedeutet nur, daß die Arbeitskraft gekauft und verkauft werden kann, ohne Rücksicht auf den Mann, der hinter ihr steht; daß der Unternehmer alle Vortheile des Käufers ausnützen kann, wofür er sich der Marktregel von Angebot und Nachfrage unterwirft; daß seine einzigen Beziehungen zum Arbeiter darin bestehen, dessen Leben so billig als möglich zu kaufen und dessen Leistungen so theuer als möglich zu verkaufen; daß er Löhne herabdrücken darf ohne irgend welche moralische Verantwortlichkeit für gekrümmte Rücken oder gebrochene Herzen . . ., daß der Käufer der Arbeitskraft mit dem Verkäufer umspringen kann, als sei der Letztere ein Arbeitsthier und nicht ein Arbeitsmensch. Die Arbeit und der Arbeiter sind Eines, weil der Mann 24 Stunden hindurch leben muß, um deren acht oder zehn zu arbeiten. Sein Herz und sein Kopf, seine Gedanken, seine Wünsche und seine Bestrebungen, all' das wirkt zusammen, um jene „Waare“ herzustellen, welche an jedem Morgen beim Schlage der Fabrikglocke bereit ist, ihr Tagewerk zu beginnen. Wenn der Mann die Fabrik verläßt, dann nimmt er eben nur diese „Waare“ mit hinweg, um sie für den nächsten Tag nothdürftig wieder aufzufrischen. Was er innerhalb der Wände des Fabrikraums zurückgelassen, ist nicht ein „Ding“, es ist ein Theil seiner selbst. — Die Doktrin, daß „Arbeit eine Waare“ sein soll, giebt einen Theil der Menschen als Eigenthum in die Hände des andern und ist deshalb ungerecht und verwerflich. . . Die Sünden werden zu Grunde gehen mit dem System, wenn sie es nicht ändern!“

Das System muß geändert werden! — etwas anderes sagen auch die Sozialisten nicht. Der Unterschied ist nur der, daß die Sozialisten das herrschende System als einen Ausfluß unserer wirthschaftsgesellschaftlichen Entwicklung ansehen und auf dem entsprechenden Wege Abhilfe schaffen wollen, während für den Verfasser unseres Artikels alle die von ihm beleuchteten Erscheinungen mehr moralischer Natur sind, so daß er schließlich als wesentlich betont, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter seien vielmehr nach den Rücksichten der Moral, als nach denen des Marktes zu regeln, weshalb er auch immer von einem „neuen Gewissen“ redet.

Unsere Leser werden vielleicht meinen, daß es die aufgewendete Mühe nicht verlohne, um zu einem solchen Abschluß zu gelangen. Indes läßt sich aus der Erfahrung geltend machen, daß wer die Grundursache des herrschenden Systems auch nur annähernd in der Wirklichkeit, wie der Verfasser unseres Artikels, früher oder später auch sich zur einzig logischen Wahrheit durchbringen wird, daß es gilt, das Lohnsystem abzuschaffen und durch das gemeinwirthschaftliche Produktionssystem zu ersetzen.

Einstweilen aber ist der Aufsatz ein ganz guter Beleg dafür, wie selbst Anhänger der Privatwirthschaft heute schon die unwürdigen Zustände fühlen, welche den Arbeiter bedrücken.

Einen Schritt weiter zum Abgrund.

Aus Japan wird berichtet, daß man dort in Bälde einen großen industriellen Krach erwarte. Das Reich des Mikado hat sich nämlich modernisiert und zivilisiert und zur Zivilisation gehört unbedingt auch der Krach.

Die Japanesen haben den Europäern nicht nur in überraschend schneller Zeit ihre Regierungsform abgeguckt und selbst eingeführt, — Ausnahme-Gesetze gegen politisch-mißliebige Parteien eingerechnet — sondern auch ihre Produktionsweise. Der Japanese ist geduldig, gelehrig und genügsam, vortreffliche Eigenschaften für einen Lohnarbeiter. Sein einziger Fehler war seine Langsamkeit; war, sagen wir, denn bei der Bedienung der Maschinen vergeht ihnen der Spaß schon und er „wächst mit seinen höheren Zwecken.“

Japan ist fruchtbar; es ist namentlich geeignet zum Baumwoll-Anbau, der in den letzten Jahren in großem Umfange eingeführt wurde. Nach dem Anbau kam aber die Verarbeitung. Der kluge Japanese sah die Nothwendigkeit nicht ein, den Rohstoff nach England zu schicken und die fertige Waare von dort zu beziehen. Er begriff, daß er die doppelte Fracht sparen und den Profit der Fabrikanten selbst einstreichen könne. Er bestellte sich also Maschinen und geübte „Hände“ in England und ließ durch letztere die einheimischen Habentische anlernen. Der letzteren giebt es genug, denn, dem Modernisten entsprechend wurde die Halbfeudalität des Grundbesitzes abgeschafft und aus dem Öbrigen ein „freier Mann“, ein freier, besitzloser Arbeiter gemacht. Die Sache ging gerade so wie in Europa, nur in Jahren statt Jahrhunderten.

Die Engländer sahen dem solange mit Vergnügen zu, als sie Maschinen und Kapital liefern durften. Japan wurde von ihren Blättern in allen Tonarten gepriesen. Allein die Sache nahm ein trauriges Ende. Die verwünschten Kapitalisten des ostasiatischen Reiches machten sich in kurzer Zeit unabhängig von den Engländern. Sie betreiben jetzt die Baumwoll-Verarbeitung mit eigenen

Mitteln. Seit anderthalb Jahren sind in Japan 300 bis 400 Aktien-Gesellschaften, meistens für die Baumwoll-Fabrikation, gegründet worden und die Leistungsfähigkeit derselben ist um 150 Prozent gesteigert worden.

Gerade deshalb erwartet man einen Krach; die „Ueberproduktion“ ist nämlich schon da. Wenn nun aber auch dieser Krach kommen wird, so ist damit nicht gesagt, daß er die neue Industrie vernichten werde. Im Gegentheil alle derartigen industriellen Katastrophen in der „zivilisierten“ Welt haben immer nur die kleinen Unternehmungen vernichtet und der Großproduktion den Boden geebnet.

So wird es auch hier kommen. Japan wird nicht nur seinen eigenen Bedarf selber decken und damit aufhören, ein Kunde Europas zu sein, sondern es wird auch exportieren. Es wird zunächst den immensen englischen Handel in Ost-Asien aus dem Feld schlagen und dann vielleicht sogar in Manchester mit ihm konkurrieren.

Nun nehme man einmal an, daß es bei der Baumwolle nicht stehen bleiben wird, und auch nicht bei Japan, sondern, daß über kurz oder lang die 600 Millionen Ostasiaten (Japanesen, Chinesen und Hindus) mit der Industrie der Weißen gesegnet sein werden und man wird zugeben müssen, daß hier ein verheerendes böses Omen für die kapitalistische Gesellschaft vorliegt, die nicht existieren kann, wenn sie nicht in der Lage ist, ihre Produktion beständig zu vergrößern.

Das gegenwärtige Gewimmel in Afrika hat nichts zu bedeuten. Bis man den Neger zum Lohnarbeiter macht, dürfte noch viel Wasser den Congo herabfließen. Aber in Ostasien, in diesem Gewimmel arbeitendehnter Leute, mit den Naturschätzen und natürlichen Vorbedingungen für die industrielle Entwicklung, in dieser Ecke der Welt lauert eine tödliche Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft.

Die ostasiatischen Horden sind heute nicht mehr gefährlich, wenn sie mit Spieß und Bogen kommen. Vor den kriegerischen Hunnen und Tartaren braucht man keine Furcht mehr zu haben. Aber ihre Vetter kommen mit einer viel gefährlicheren Waffe: der Billigkeit.

Mit dieser Waffe schlagen die Gelben die Weißen unfehlbar aus dem Felde, und zwingen sie, Schanzen in Form von Schutzzöllen aufzuwerfen. Die Bourgeoisie produziert ihre eigenen Todengräber nicht nur in dem Sinne, daß sie Proletarier-Massen schafft, sondern auch, indem sie diese zurückgelassenen Länder aus ihrem Schlafe aufweckt hat. Um Kunden zu bekommen, haben die Kanonen Englands und Frankreichs die Thore Chinas aufgeprengt, Japan zu Handelsverträgen gezwungen und hat England die alten Handwerke Indiens vernichtet. Aber aus den Kunden werden allgemach Konkurrenten. Die Remesse kommt in Gestalt chinesischer, japanischer und ostindischer billiger Produkte.

Freilich geht das den europäischen Arbeitern noch viel näher als den Kapitalisten. Ihnen wird man zumuthen, auf die Lebensweise der Gelben herabzukommen, damit sie dies aus dem Felde schlagen sollen. Der Kampf des Ostens mit dem Westen wird in den Werkstätten geführt werden, bitterer, zerstörender, vernichtender als der auf den blutigsten Schlachtfeldern. Mann, Weib und Kind verzweifelt, ohne Unterlaß, ohne Hoffnung schaffen, schaffen müssen, um einen Bissen Brot gegen den Konkurrenten am Jantielang zu verteidigen; wenn — nun wenn eben nicht der Sozialismus wäre, der Erlöser aus diesem qualvollen Treiben.

Für die kapitalistische Gesellschaft ist die Entwicklung der Großindustrie bei den Gelben ein böses Omen, für die Arbeiter eine frohe Botschaft. Sie bedeutet eine rapide Beschleunigung des Zusammenbruchs der kapitalistischen Welt.

Zur Frage der Frauenarbeit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Italiens hat in den Tagen des 8. bis 10. September zu Bologna ihren vierten Parteitag abgehalten, auf welchem 133 Mitgliedschaften durch 73 Abgeordnete vertreten waren.

Wir entnehmen dem im Mailänder Parteiblatt „Fascio Operaio“ veröffentlichten Verhandlungsberichte folgende, die Frage der Frauen- und Kinderarbeit betreffende Stelle.

Alle Abgeordneten waren einig in der Erkenntnis, daß die Arbeit der Frau und des Kindes durch den Wettbewerb, welchen sie der Arbeit des Mannes macht, schädlich wirke. Alle erkannten an, daß es auch vom rein menschlichen Standpunkte ein Unrecht sei, Frauen und Kinder zu Arbeiten zu verwenden, zu welchen selbst die Arme starker Männer kaum genügen würden. In Erkenntnis der unglücklichen Lage, welche die Frauen in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft einnehmen, beschloßen die Abgeordneten mit Einstimmigkeit nachfolgende Tagesordnung:

„Die Frage der Frauenarbeit kann nur gelöst werden durch das Mittel der Organisation unserer arbeitenden Schwestern, welche wir unterstützen und entwickeln müssen, von dem Gesichtspunkte des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit ausgehend.“

Denn wir erkennen in den arbeitenden Frauen vollkommen **ebenbürtige Wesen** (delle personalità complete), welche die gleichen Verantwortlichkeiten, die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten wie die Männer haben.

Wir weisen deshalb jede Lösung zurück, welche von einer Einschränkung der weiblichen Arbeit ausgehen sollte.“

Dagegen erklärte sich der Parteitag selbstverständlich

entschieden für die Unterdrückung bzw. äußerste Einschränkung der Kinderarbeit, unter ausdrücklicher Betonung des Rechtsstandpunktes, daß eben die Kinder nicht gleichberechtigt und ohne Verantwortlichkeit seien und daher der Fürsorge der Erwachsenen bedürfen und unterworfen seien.

Diese Betonung und Gegenüberstellung der himmelweit verschiedenen Rechtsstandpunkte, von denen die Frauenarbeit einerseits und die Kinderarbeit andererseits zu beurtheilen sind, erscheint um so nothwendiger, als in den Arbeiterprogrammen vielfach die „Frauen- und Kinderarbeit“ zusammen und ohne grundsätzliche Unterscheidung genannt worden sind. Die Folgerung, als ob Frauen und Kinder rechtlich auf die gleiche untergeordnete, minderberechtigte Stufe gestellt werden sollten, lag hier nahe genug, obgleich eine derartige, die Frau entwürdigende Anschauung wohl dem Standpunkte der rückläufigsten deutschen Vereinsrechte entspricht, den Grundsätzen des Sozialismus aber stracks zuwiderläuft. V.

Gewerkschaftliche Organisation der Frauen.

Wir erwähnten in unserer letzten Nummer die Anschauungen einer englischen Schriftstellerin über diese Frage, und wollen heute kurz eine Rede berühren, welche Frau Johanna Greie (New-York) kürzlich in Philadelphia in der gleichen Angelegenheit vor der Sektion der sozialistischen Arbeiterpartei hielt.

„Es giebt keine Epoche in der ganzen Geschichte der Menschheit — begann die Rednerin — in welcher die Frauenfrage, die von so großer Wichtigkeit für die ganze Entwicklung des Menschengeschlechts ist, so sehr in den Vordergrund des gesellschaftlichen Lebens getreten wäre, wie heutzutage, wo sie sich nicht mehr mit Ironie und Gespött beiseitigen läßt. Sie hat sich nach und nach ausgebildet, muß das Stadium des Unverständnisses durchwachen und wird sich fortentwickeln trotz aller Gleichgültigkeit und Laune der Frauen, die noch so wenig an den Fragen Antheil nehmen, welche sich auf das Wohl und Wehe ihres Geschlechtes beziehen.“

„Die Vorgänge im öffentlichen Leben lassen die Frauen noch vollständig kühl und gleichgültig, indem sie in dem Wahn befangen sind, daß diese nur die Männerwelt angehen. Indessen tragen nicht allein die Frauen Schuld daran, daß es noch so traurig aussieht mit ihrer geistigen Aufklärung über Dinge, welche außerhalb ihres Haushaltes, ihres Puges und Tandes stehen, sondern auch die Männer sind schuld an dieser bellagenswerthen Erscheinung, denn sie gerathen in Zorn, wenn man ihnen sagt, daß die Frauen nicht allein dazu da seien, um ihnen das Leben so behaglich wie möglich zu machen; sie meinen, ihre bevorrechtete, herrschende Stellung werde beeinträchtigt, wenn die Frauen sich mit Dingen beschäftigen, die über den Schattendion des Alltäglichen hinausgehen; und wenn eine Frau den Muth hat, vererbten Vorurtheilen Trotz zu bieten und öffentlich das als wahr Erkannte zur That zu machen, so wird dieselbe von den Männern der Unweiblichkeit geziehen und zu den Unnaturren gerechnet.“

„Solche Männer begreifen aber nicht, daß die, welche gegen die Aufklärung der Frau eifern, sich ein geistiges und sittliches Armutzeugniß ausstellen. Ein aufgeklärter Mann aber wird es ehrend anerkennen, wenn eine Frau die Schranken des Vorurtheils durchbricht. Trotzdem gegenwärtig nur ein kleiner Bruchtheil der Frauen sich über das gewöhnliche Niveau erhebt, bleibt es doch wahr, daß jede Frau und jedes Mädchen vor allen Dingen erkennen lernen sollte, daß ihr Wohl und Wehe mit dem öffentlichen Leben in innigem Zusammenhang steht.“

„Die Männer, fuhr Rednerin fort, haben Gewerkschaften gegründet zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen. Die unaufgeklärte Frau wird nun allerdings zugeben, daß das Ziel dieser Gewerkschaften gut und edel ist; sie sagt aber: „Eure Selbopfer nützen Euch nichts.“ Die unaufgeklärte Frau klagt, daß ihr Mann aus dem Hause geht, um Versammlungen beizuwohnen; wenn ihr Mann sie aber über den Zweck der Organisation der Arbeiter aufklärt, wird sie gegen den Besuch seiner Versammlungen nichts mehr einzuwenden haben. Die Anschauung, daß es besser und bequemer sei, wenn man die Frau im Dunkeln umhertappen lasse, ist daher selbst vom einseitigsten Standpunkte der Männer grundsätzlich und trägt viel dazu bei, daß die Arbeiter-Organisationen vielfach nicht vorwärts kommen können.“

Auf die soziale Bewegung der Neuzeit übergehend, sagte Frau Greie, dieselbe erstreckte sich immer mehr auf alle Gebiete des menschlichen Lebens und habe auch die Frauenwelt unmittelbar in ihr Bereich gezogen. Das Uebergewicht in robuster Kraft, welche das männliche Geschlecht besitzt, gehe immer mehr auf Maschinen über. An letzteren könne die Frau so viel leisten wie der Mann und sie sei daher die Konkurrentin des Mannes geworden und zwar oft eine sehr unliebsame. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren habe die Frauen- und Kinderarbeit in den letzten Jahren eine ganz erhebliche Ausdehnung genommen. Puzmacherinnen verdienen auf Grund der Angaben der Inspektoren durchschnittlich 4,80 Dollars per Woche, Nähterinnen ebensoviel, Büglerinnen und Wäscherinnen 9 Dollars, Stickerinnen 4,30 Dollars, Korsettmacherinnen 4,55 Dollars, Zigarrenarbeiterinnen 3,30 Dollars und Spitzenmacherinnen 2,50 Dollars. „Nun möchte ich fragen“, fuhr Rednerin fort, „wie Frauen oder Mädchen, die ganz allein auf sich angewiesen sind, von einem solchen Hungerlohn leben können? Nein, sie können es nicht und müssen entweder ein trauriges Leben voll Entsagung führen oder sich der Prostitution in die Arme werfen.“

Daraufhin ermahnte Frau Greie die Frauen, Schulter an Schulter an der Seite ihrer Männer zu kämpfen, um der Ausnutzung durch die herzlosen Kapitalisten ein Ende machen zu helfen, und richtete an die Frauen die Aufforderung, sich ebenso zu organisieren wie die Männer, damit sie an der Lösung der sozialen Frage mithelfen, denn ohne Mitwirkung der Frauen sei die Lösung der sozialen Frage eine Sisyphus-Arbeit.

Zum Schluß ihrer mit großem Beifall aufgenommenen Rede ermahnte Frau Greie die Frauen, statt die freien Stunden mit Klatschen zu verändeln, sich im eigensten Interesse und im Interesse ihres Nachwuchses ernster Organisationsarbeit zu widmen, und an die Männer richtete sie die Aufforderung, nicht länger ihrer Frau zu gestatten, die gegnerische Presse zu lesen, sondern ihr die Arbeiterpresse in die Hand zu geben, weil letztere allein ihre, ihres Gatten und ihrer Kinder Interessen verteidigt.

Zur Arbeiter-Wohnungsfrage. *)

(Aus Frankreich.)

III.

Der Arbeiter, welcher nur einigermaßen Verdienst hat, darbt sich lieber einen höheren Miethzins am Munde ab, als daß er seine Zuflucht zu diesen „Cité's“ nimmt, die man besonders in der Gegend des Place d'Italie, des Faubourgs St. Antoine und längs fast aller äußerer Boulevard's findet.

Aber der Zwang der Verhältnisse, in denen sie leben, bringt auch die Arbeiter dieser Art gelegentlich, immer häufiger und in größerer Anzahl in diese verrufenen Löcher hinein. Arbeitslosigkeit und Krankheit veranlassen einen Miethzins hinaus mit dem Lumpensack auf die Straße und mit den Möbeln zur Auktion! Ist der Mann ledig oder ist es Sommer, so nächtigt er wohl lieber bei „Mutter Ström“, auf einer der Boulevardbänke, unter den Brücken oder in den Stenbrücken, welche Tag oder richtiger Nacht aus Nacht ein Tausenden von Obdachlosen Zuflucht gewähren, denn deren Zahl steht in keinem Verhältnisse zu den vorhandenen Nachtherbergen.

Was aber thun im Winter, bei rauhem regnerischem Wetter, oder wenn Familie vorhanden, wenn die Frau vor Frost klappert und die Kinder weinend nach dem Bett verlangen? Häufiger wandert der Proletarier dann einer Cité zu, wo er sicher ist, für etliche Sous Obdach zu finden. Morgen schon hofft er dem Unterschlupf den Rücken zu kehren, aber die Tage reißen sich zu Tagen, die Wochen zu Wochen, die Krise hält an, es giebt nur schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiten. Woher das Geld nehmen, die Möbel auszulösen, ein Vierteljahr Miethzins im Voraus zu erlegen? So bleibt er. Er muß sehen, wie seine Kinder mit Dankschlägen u. angestekt, wie sie zum Älgen, Stehlen, Betteln verleiht werden, wie sie heute Zeugen der Trunkenheit, morgen der geschlechtlichen Ausschweifung sind. Was thun? Der Proletarier flucht und bleibt, vielleicht daß er noch selbst zur Flasche greift, um den „Wurm zur tödten.“

Vielfach ist auch der mit zahlreichen Kindern gesegnete Arbeiter gezwungen, seine Zuflucht zu dieser niedrigsten Art der Wohnungen zu nehmen. Die Pariser Hauswirthe wollen nicht an kinderreiche Familien vermieten: das giebt Lärm in Haus und Wohnung, die Räumlichkeiten nutzen sich schneller ab, eventuell ist die Zahlungsfähigkeit des Miethers geringer. Manchem Arbeiter, — denn das Proletariat bildet die kinderreichste Schicht der französischen Bevölkerung — ist es unmöglich, zur Zeit eine Wohnung aufzutreiben, sobald er die Zahl seiner Kinder nennt, wird er überall mit dem Bemerkten abgewiesen: „das ist ein anständiges Haus, hier wird nicht an Leute mit Kindern vermietet.“ So bleibt oft dem zahlungsunfähigen Arbeiter Nichts übrig, als in einer Cité oder anderen Wohnungsbaracke Unterkunft zu suchen.

Die Wohnungsverhältnisse des Proletariats sind in den Provinzialorten, welche Sitz blühender Industrien sind, nicht besser als in Paris. Auch hier wohnt der Arbeiter überall und stets theuer und schlecht. Und je mehr sich die Industrie und durch den Druck der stetig anschwellenden Reservearmee die Löhne sinken, um so weniger ist es auch dem allzeit beschäftigten Arbeiter möglich, eine annähernd geräumige und gesunde Wohnung zu erwirken. Er wird mehr und mehr gezwungen, sein Bett in hygienischen und moralischen Pesthöhlen aufzuschlagen.

Die Wohnungsnoth des Proletariats rührt nicht etwa aus Mangel an Wohnungen überhaupt her. In Paris schießen ganze Straßen wie Pilze aus der Erde, Hunderte und Tausende von großen, freundlichen Räumen stehen leer, da ihr Miethpreis die Beutekraft des Arbeiters übersteigt, und der Hausbesitzer „auf Preise hält“ und lieber jahrelang nicht vermietet, damit er nicht die Preise drückt. Auch der Waare Wohnung gegenüber fehlt es weder am Bedürfnis, noch am Produkt, sondern nur an der Kaufkraft. So stehen die Wohnungen Quartal auf Quartal leer, während sich Tausende von Arbeitern mit Räumen begnügen müssen, in denen mancher Reiche weder seinen Hund noch sein Pferd nächtigen lassen würde.

Aber wie Alles und Jedes in der heutigen Gesellschaft, so wird auch die Wohnung nicht produziert, um ein menschliches Bedürfnis zu befriedigen, sondern lediglich

damit der Eigentümer Profit, und zwar den höchstmöglichen Profit herauszuschlägt.

Je mehr der Zuzug von Proletariern nach einem Ort das Bedürfnis nach Wohnungen steigen ließ, um so weiterer Spielraum war der Spekulation geboten. Die Spekulation mit Grund und Boden der Baustellen ist Ursache der hohen Miethzins und nicht etwa das Steigen der Arbeitslöhne, welches etliche Bourgeoisökonomien hierfür verantwortlich machen wollen. In Paris z. B. haben sich in den letzten 25 Jahren die Preise der Baustellen zum mindesten verdrei- und vervierfacht. Im Stadttheile der Tueries stieg der Preis des Quadratmeters Baustelle binnen 10 Jahren von 50 auf 186 Fr.; in der Nähe der Rue de Rennes, einem industriellen und kommerziellen Knotenpunkt wurde 1881 ein Quadratmeter Grund und Boden mit 658 Fr. bezahlt, während er noch 1867 gegen 250 Fr. im Preise stand. In der nämlichen Gegend wurde ein Haus, welches ein Einkommen von 19 438 Fr. brachte, pro Quadratmeter mit 645 Fr. verkauft. Der Quadratmeter fertiges Gebäude war also billiger als der Quadratmeter Baustelle. In der Gegend der neuen Post ward der Quadratmeter Baustelle mit 2 bis 3000 Fr., der Quadratmeter fertiges Gebäude mit 1275 Fr. bezahlt.

Solche Zahlen, die unendlich vermehrt werden könnten, beweisen, daß nicht der Preis der Handarbeit, sondern nur die Spekulation mit Baustellen die Miethzinssteigerungen und unerträgliche Wohnungsverhältnisse schufen.

Die Spekulation mit Grund und Boden, resp. Häusern, warf sich natürlich in erster Linie auf die Wohnungen, nach denen die Nachfrage am stärksten war. Es waren dies natürlich die Arbeiterwohnungen, da sich das Pariser Proletariat durch Zuzug jährlich im Durchschnitt um 30 000 Köpfe vermehrt. Gerade die Wohnungen, wie sie der Arbeiter am meisten sucht und zahlen kann, aus zwei Zimmern und Küche bestehend, wurden von der Spekulation in relativ großer Menge und damit unverhältnismäßig hoch im Preis, 3—500 Franks, gehalten. Für mindestens eine halbe Million Lohnarbeiter bietet Paris rund gegen 85 000 Wohnungen zum genannten Preise, während es fast 435 000 Wohnräume unter 300 Franks aufweist, die allerdings der Mehrzahl nach nur aus einem Zimmer bestehen und in die Zahl der schrecklichen Löcher gehören, von denen früher die Rede war. 1884 hatte Paris für zirka 2 500 000 Einwohner

434 936 Wohnungen unter	300 Franks,
84 050	von 300—500
68 740	500—750
23 930	750—1 000
1 280	1 000—1 250
7 164	1 250—1 500
24 844	1 500—3 000
12 121	3 000—6 000
4 008	6 000—10 000
1 846	10 000—20 000
461	über 20 000

Noch deutlicher sprechen die Zahlen über die Zunahme der Garniwohnungen und ihrer Einwohnerzahl von der Wohnungsnoth. Zu den Garniwohnungen zählen nämlich alle Spelunken, Nachtherbergen und möblierte Zimmer, in denen dem Miether als einziges Möbel ein Strohsack u. geliefert wird. Von 1875—1883 hat sich in Paris die Zahl der Garniwohnungen um 2456 vermehrt (9227 auf 11 753), die Zahl ihrer Miether dagegen um 106 521 (132 643 auf 240 164). Während sich in der angegebenen Periode die Bevölkerung von ganz Paris um 15 pCt. vermehrt hatte, war die Einwohnerzahl der Garniwohnungen um 80 pCt. gestiegen, und dies obgleich die Zahl der Garnis selbst nur um 20 pCt. zugenommen! Diese Zahlen sind berechtigt.

In der Provinz noch mehr als in Paris sind Versuche gemacht worden, der Wohnungsnoth der Arbeiter abzuwehren, ihnen billigere und gesündere Wohnungen zu verschaffen, natürlich zum Profit der Bourgeoisie und zum größeren Ruhm von deren Humanität.

Alle Personen und Gesellschaften, welche Unternehmungen behufs Herstellung besserer Arbeiterwohnungen in's Werk gesetzt haben, verstanden in geschicktester Weise den Schein der Philantropie mit der Wahrung und Förderung ihrer eigenen Interessen zu vereinen. In letzter Instanz war es immer und einzig der Kapitalist, der Arbeitgeber, dem die gesunden und billigen Wohnungen seiner „Hände“ Profit brachten. Der Arbeitgeber hat alles Interesse daran, daß sein Maschinenfutter so billig als möglich lebt und wohnt, je wohlfeiler die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, um so niedriger die Löhne. Der geringere Miethzins setzte den Arbeiter in die Lage, eine Herabsetzung der Löhne zu ertragen, welche er andernfalls nicht ausgehalten hätte. Die gesündere Wohnung beeinflusste günstig die Kraft und Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die in der Folge um so leistungsfähiger produzierten.

Diesen augenscheinlichen Vorteilen entsprechend waren es gerade die als ärgste Ausbeuter ihrer Arbeiter bekannten Mülhausener Fabrikanten, welche in Frankreich zuerst an die Errichtung von gesunden und billigen Arbeiterwohnungen gingen. Die Dollfus, Köchlin, Scherer und tutti quanti gründeten 1853 eine Gesellschaft mit 300 000 Fr. Kapital, zu dem die staatsstreicherische, um Volksgunst bührende Regierung weitere 300 000 Fr. zufügte. Mit diesen 600 000 Fr. ließ die natürlich „philantropische“ Gesellschaft Arbeiterhäuser bauen, deren Herstellungskosten pro Haus von 1850—2900 Fr. wechselten. Dadurch wurden von der über 10 000 Köpfe zählenden Mülhausener Arbeiterbevölkerung etliche Hunderte den ent-

setzten Wohnungsverhältnissen entzogen, welche Willermé und andere geschildert hatten.

Die erste Folge der brotherrlichen Großmuth war eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter zu noch niedrigeren Preisen. Außerdem machte die geringe Zahl der neuen Arbeiterhäuser im Vergleich zu der starken Arbeiterbevölkerung, die Vorteile, welche erstere immerhin boten, die Wohnungen zu einem gesuchten Artikel, zu einer Art Prämie, welche die Fabrikanten nur an die „gesinnungstüchtigsten“ und jäsigsten, d. h. an die fersivsten und leistungsfähigsten Leute vergaben, an solche, die alle Lannen und Härten ihrer Brotherrnen willig und ohne Murren ertrugen, sich Ueberarbeit und Unterlohn ruhig auferlegen ließen. Die Wohnungen wurden zu einem wahren Danaidengeschenk der Philantropie, zu einer Kette, welche die Arbeiter an ihre Knechtschaft fesselte und sie bei jeder Auslieferung gegen dieselbe an der Bewegung hinderte. Nahm der Proletarier eine Lohnherabsetzung nicht an, weigerte er sich, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zu leisten, so hieß es: hinaus mit dem Undankbaren. Gab er bei Wahlen seine Stimme nicht dem von seinem Herrn empfohlenen Kandidaten oder stimmte er wohl gar für dessen Gegner, trat er gewerkschaftlichen, politischen oder sonstigen Organisationen bei, welche bei dem Fabrikanten in Vorkredit standen, drohte er gar mit der Revolte eines Streiks, so stakete ihm das gleiche Gespenst der Kündigung seiner „bequemen und billigen“ Wohnung entgegen, bequem und billig aus dem ihm entzogenen Mehrerwerb erbaut. Waren seine Existenzbedingungen unerträglich geworden, so hinderte ihn die Rücksicht auf die Wohnung, dem Ort den Rücken zu kehren, sein Glück anderwärts zu suchen. Die Wohnung in der Hand des Brotherrnen verlegte den Lohnarbeiter in dieselbe, ja noch in eine schlimmere Lage wie die des Hörigen im Mittelalter: sie fesselte ihn unter der vollen Ungunst der modernen Lohnverhältnisse an die Scholle, sie ward das Werkzeug zu seiner aufs Höchste geschraubten ökonomischen und politischen Ausbeutung.

Das war des Pudels Kern, der sich hinter den humanen Bestrebungen verbarg.

Schnitzel.

Wer spräche laut, wenn's das Geheiß verwehret,
Das allen schließt den Mund?
Selbst Christi Wort, das alle Welt verehret,
War lang nur ein geheimer Bund . . .

Du willst der Rede setzen ihre Schranke,
Einkertern Schrift und Wort?
Umsonst! Es wälzt sich jeder Blutgedanke
Bacchantisch und unsterblich fort.

Platen.

Die Heuchelei ist ein Modelaster und alle Laster gelten für Tugenden. Die Rolle des frommen Mannes ist die beste, die man spielen kann; sich mit der Heuchelei zu befassen, ist heutzutage sehr vortheilhaft . . . Ein gewisses Kopfhängen, einige Seufzer der Zerknirschung, einige Augenverdrückungen machen der Welt gegenüber alle früheren Thaten wieder gut.
Molière.

Die Magerkeit, die uns quält als Folge unserer Armuth, ist für die Patrizier ein Gradmesser, um daran ihren Ueberfluß Stück für Stück nachzuzählen; unser Elend ist Gewinn für sie.
Shakespeare.

Dies gerade ist die Größe der Bestimmung dieser Zeit, auszuführen, was finstere Jahrhunderte nicht einmal zu denken für möglich gehalten haben, die Wissenschaft an das Volk zu bringen. Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tiefsten Kenner der Geschichte alle Zustände des europäischen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortlebend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Andern des europäischen Lebens durchdrungen hat, die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereinigung beider allein kann den Schooß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden —, das ist das Ziel, dem ich, so lange ich athme, mein Leben zu weihen beschloßen habe!
Lassalle.

Politische Nachrichten.

Die Zentrumsparthei erläßt zu den preussischen Landtagswahlen einen Aufruf, aus dem lediglich die Stelle hervorhebendwerth ist, welche das Verhältniß zwischen Staat, Schule und Kirche anbelangt. Es heißt da:

Dem gesellschaftlichen Umstürze, der immer bedrohlicher sein Haupt erhebt, der Untergrabung aller staatlichen Ordnung, den Gefahren für den Thron selbst wird nur ein christlich erzeugtes gottesfürchtiges Volk manhaft und trennbegegnen und erfolgreichen Widerstand leisten.

Aber der christliche Charakter der Schule und das unveränderliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder sind noch immer beeinträchtigt. Der Kirche und ihren Organen muß vor Allem in Sachen des religiösen Unterrichts in den Volksschulen in vollem Umfange gewahrt werden, was die Verfassungsurkunde denselben zusichert; die Leitung dieses Unterrichts durch die betreffenden Religionsgesellschaften muß zur Wahrheit werden in dem ursprünglichen Sinne dieser Bestimmung. Der kirchlichen

*) Vergl. auch die Ausführungen eines unserer Mitarbeiter in der Zeilage.

Behörde muß zustehen, gegen die Personen, welche zur Ertheilung des Religionsunterrichts zugelassen werden sollen, kirchlich religiöse Einwendungen mit ausschließender Wirkung zu erheben und die für den Religionsunterricht und die religiöse Übung in den Schulen dienenden Lehr- und Andachtsbücher, den Umfang und Inhalt des religiösen Unterrichtsstoffes und dessen Vertheilung auf die einzelnen Klassen zu bestimmen. Die kirchlichen Oberen allein müssen berechtigt sein, die Leiter des Religionsunterrichts in den einzelnen Volksschulen zu berufen; und diese Leiter endlich müssen die Befugnis haben, nach eigenem Ermessen den Religionsunterricht in der Schule selbst zu ertheilen oder dem Religionsunterricht des Lehrers beizuwohnen, in diesen einzugreifen und für dessen Erhaltung den Lehrer mit Befugnissen zu versehen, welche von letzterem zu befolgen sind.

Offener konnte man wohl nicht betonen, daß die Kirche bereit ist, noch mehr als früher alle sozialistischen Bestrebungen bekämpfen zu helfen, wenn die nöthige Belohnung dafür in Aussicht gestellt wird. Trohdem bezeichnet das Zentrum auch weiter als seinen Schlachtruf: Für Wahrheit, Recht und — Freiheit! Glücklicherweise sind die Herren bei den preussischen Landtagswahlen ganz unter sich, sodas sie die Erfahrung nicht zu machen brauchen, wie das Volk über ihre Bestrebungen denkt.

Im Fürstenthum Neuh-Weiz, wo nach einer Bestimmung aus der Zeit von 1848 politische Vereine, auch wenn sie nur zeitweilig oder zur Besprechung von Gemeindeangelegenheiten gebildet werden, gänzlich untersagt sind, will man sich mit einem Gesuche um reichsgerichtliche Regelung des Vereinswesens an den Bundesrath und Reichstag wenden. Schön würde freilich unter den heutigen Parteiverhältnissen eine reichsgerichtliche Regelung durchaus nicht werden.

Auch Lübeck hat nunmehr sein Vereinsgesetz, dessen es — wenn wir uns recht erinnern — bisher gänzlich entbehrte. Die Hauptbestimmungen lauten:

§ 1. Jeder politische oder sozialistische (?) Verein ist unter Uebergabe der Statuten und eines Verzeichnisses der

Mitglieder des Vorstandes dem Polizeiamte schriftlich anzuzeigen.

Die Mitglieder des Vorstandes sind verpflichtet, dem Polizeiamte auf Erfordern Auskunft über die Einrichtungen und die Thätigkeit des Vereins zu ertheilen.

§ 2. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, sowie öffentliche Aufzüge sind nur mit schriftlicher Erlaubnis des Polizeiamtes gestattet. Die Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist.

§ 6. Das Polizeiamt ist befugt, in die Versammlungen zu politischen oder sozialistischen (?) Zwecken Polizeibeamte zu senden.

§ 7. Der die Ueberwachung einer Versammlung leitende Polizeibeamte ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären:

1. wenn die Versammlung anzeigepflichtig ist und die Bescheinigung des Polizeiamtes, daß die Anzeige erfolgt sei, nicht vorgelegt werden kann;
2. wenn Bewaffnete oder Minderjährige dem § 5 zuwider an der Versammlung teilnehmen und trotz Aufforderung des die Ueberwachung leitenden Polizeibeamten nicht sofort aus der Versammlung entfernt werden;
3. wenn in der Versammlung Verhandlungen vorkommen, in welchen eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten ist;
4. wenn in der Versammlung Ausschreitungen vorkommen, welche die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden geeignet sind.

Kann diese Gefährdung durch Entfernen der Urheber der Ausschreitungen beseitigt werden, so darf die Auflösungs-erklärung erst dann erfolgen, wenn trotz Aufforderung des die Ueberwachung leitenden Polizeibeamten die Urheber der Ausschreitungen nicht sofort aus der Versammlung entfernt werden.

Sofort nach Erklärung der Auflösung haben sämtliche Teilnehmer der Versammlung den Versammlungsort zu verlassen. Die Entfernung der Zurückbleibenden kann zwangweise bewirkt werden.

Der Senat hatte das Gesetz auf alle Vereine und Versammlungen ausdehnen wollen, in welchen öffentliche Angelegenheiten verhandelt würden; die Bürgerschaft glaubte das Gesetz zu bessern, wenn es auf politische und sozialistische Vereine und Versammlungen beschränkt würde und der Senat hat hier nachgegeben. Was die

Lübecker Gesetzgeber unter dem Sozialistengesetz mit „sozialistischen Vereinen“ bezeichnen wollten, ist uns nicht recht klar; jedenfalls wird die Handhabung durch die Behörden schon dafür sorgen, daß alle Arbeitervereine mit den politischen Vereinen gleichgestellt und entsprechend behandelt werden.

Kleiner Belagerungszustand. Im Reichsanzeiger wird die Verlängerung des Kleinen Belagerungszustandes über den Kreis Offenbach auf ein Jahr bekannt gemacht. Ferner wird bekannt gemacht, daß die auf Grund des Sozialistengesetzes bisher erfolgten Ausweisungen aus den Bezirken der Stadt und des vormaligen Amtes Harburg, sowie aus Frankfurt a. M., Hanau, Höchst und dem Ober-Taunuskreis bis zum 30. September 1889 verlängert werden, ebenso die Ausweisungen aus Stettin.

Die Zahl der Landrathstellen in Preußen beträgt nach dem neuesten Terminkalender für die Verwaltungsbeamten 484, das sind 20 mehr als vor 2 und 97 mehr als vor 4 Jahren. Adelig sind von den Landräthen 203, das sind 58,9 pCt. Die meisten adeligen Landräthe findet man in Pommern, wo von 27 nur 1 bürgerlich ist. Die Provinz Brandenburg zählte unter 31 Landräthen nur 6 bürgerliche.

Aufgelöst wurden am Dienstag in Berlin zwei Versammlungen. In der einen sprach Herr Kunert über die Altersversicherung vor den Kohrlegern. In der Diskussion nahm der Vorsitzende Redner das Wort, um die versammelten Kollegen aufzufordern, sich Mühe zu geben, die noch schlafenden Kohrleger, welche sich noch nicht der Vereinigung angeschlossen, aufzuwecken und ihnen zu zeigen, wo sie hingehören, um für das große und allgemeine Wohlergehen zu wirken. Als Redner die Worte sprach: „Wir müssen sehen, so viel wie möglich Lohn zu erringen, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen,“ löste der überwachende Polizeibeamte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes auf und ließ den Vorsitzenden sofort aus dem Saal durch einen Beamten zur Wache führen zur Feststellung seiner Person. Nach erfolgter Recherche wurde derselbe wieder auf freien Fuß gesetzt. — Die Fabrikarbeiter tagten unter Vorsitz des Herrn Willy Schmidt. Der Referent (über Altersversicherung) kam mit seinem Vortrage gar nicht erst zu Ende, bei den Worten: „Fingerhutweise wird den Arbeitern wiedergegeben, was man ihnen vorher schneffelweise genommen hat“ — löste der Beamte auf.

Briefkasten.

Sagen. An wen sollen wir denn nun eigentlich schicken? Das ist ja eine grüne Wirthschaft.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von

C. Klein.

15. Nitterstraße 15.

Dieselbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (G. H. 60.)

E. Kuntze,

Stalitzerstr. 13. (Zum lustigen Stiefel)

empfiehlt seinen reichhaltigen und kräftigen

Frühstück- u. Mittagstisch mit Bier 50 Pf.

Abendstisch nach Auswahl zu soliden Preisen.

Zu beziehen Zimmerstraße 44:

Internationale Bibliothek

Von der Internationalen Bibliothek liegt nunmehr die I. Serie komplet vor. Sie besteht aus folgenden 7 Bänden:

Die Darwin'sche Theorie. Von Dr. Edw. Aveling. Broschirt M. 1,50. Gebunden M. 2.—

Karl Marx' ökonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert von Karl Kautsky. Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2.—

Welterschöpfung und Weltuntergang. Die Entwicklung von Himmel und Erde vom Standpunkte der Naturwissenschaften dargestellt von Oswald Köhler. — Broschirt M. 2.—. Geb. M. 2,50.

Die ländliche Arbeiterfrage. Nach dem Russischen des Kahlukow. Broschirt M. 1.—. Geb. M. 1,50.

Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung von Karl Kautsky. Broschirt M. 2.—. Geb. M. 2,50.

Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Von August Hebel. Broschirt M. 2.—. Geb. M. 2,50.

Das moderne Glend u. die moderne Ueberdörfung. Zur Kenntniss unserer sozialen Entwicklung. Von Max Schippel. Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2.—.

Die II. Serie ist mit einem reich illustrierten Werke von B. Bloss, **Die französische Revolution**, vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804 eröffnet worden.

Die Lieferungshefte (32 Seiten gr. Octav in Umschlag à 20 Pf.) sind Zimmerstr. 44 zu haben.

Hochachtungsvoll

J. G. W. Dieck' Verlag

in Stuttgart.

Königsberg i. Pr.

Abonnements für die „Berliner Volks-Tribüne“ übernimmt

Frau Godau, Polnische Gasse 10.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager,

empfiehlt

E. Wilschke,

Junkerstr. 1, Ecke d. Markgrafenstr.

Unterstützungsverein der Maurer Berlins.

Sonnabend, den 13. Oktober 1888.

Familienfest

in der

Neuen Welt (Gasenhaide)

Vorträge des engagierten Künstler-Personals sowie unter gütiger Mitwirkung des

Gesangvereins „Vorbeerkranz“. Dirigent: Herr Gaert.

In den Sälen:

Grosser Ball.

Anfang 4 Uhr.

Billets sind vorher zu haben bei den Herren:

W. Kerstan, Löhnerstr. 4.

G. Gimpel, Bäckerstr. 59, v. I.

S. Jentich, Andreasstr. 4, v. IV.

A. Otto, Mariannen-Platz 5, Hof i. R.

H. Heinrich, Münchenerstr. 14, Hof III.

J. Bernau, Zionskirchplatz 1, v. II.

W. Schulz, Müddendorferstr. 64, Quergeb. I.

A. Wagner, Admiralstr. 28, Seitenfl. II.

Heinr. Meyle, Zionskirchstr. 8, Hof part.

Fischer, Thaeerstr. 55, v. IV.

A. Wittermann, Remelerstr. 2, Hof III.

J. Wolf, Langestr. 43, v. IV., bei Siegmund.

Aug. Dammasch, Thaeerstr. 14, Hof IV.

H. Zechel, Raupenstr. 70, Hof II., 2. Eingang.

Kindermann, Ackerstr. 134, II.

W. Müller, Jossenerstr. 25, v. IV.

Ferd. Müller, Grünauerstr. 7.

Rud. Zillmann, Stralunderstr. 9, v. I.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte

Uhrenfabrik

von

Max Busse

157. Invaliden-Strasse 157,

neben der Markthalle.

verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von

Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren

zu fabelhaft billigen Preisen.

Spezialität: Ringe.

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.



Weissbier (Null Weisse)

25 Pfennige die grosse Weisse.

Gustav Klähne, Grimmstrasse 35.

Versand bis Amerika.

Bei pünktlicher Lieferung der

Berliner Volks-Tribüne

empfehle ich meine

Zeitungsspedition

Max Kirsch,

Mitterstr. 107, Ecke Brinzenstr. 28.

Der Arbeitsnachweis

des Vereins zur Wahrung der

Interessen der Schuhmacher

befindet sich im Verkehrslokal, Weinstr. 11, bei

Robert und ist mit Ausnahme Sonnabend,

jeden Abend von 8^{1/2}—10 Uhr und Sonntag

Vormittag von 10—12 Uhr geöffnet.

Buchhandlung und Buchbinderei

von **R. Kohlhardt,**

Brandenburgstraße 56,

empfiehlt sich zur Anfertigung jeder Buchbinder-

arbeit, sowie zur Lieferung sämtlicher wissen-

schaftlicher Werke und Zeitschriften.

Abonnements auf die „Berliner Volks-

Tribüne“ werden stets entgegen genommen.

Arbeitsnachweis der Maler

Berlins.

Nitterstraße 123, Restaurant Soltke.

Jeden Abend von 8—9 Uhr, außer Sonnabend

und Sonntags Vormittags von 10—12 Uhr, un-

entgeltliche Arbeitsvermittlung.

Die Bevollmächtigten der Filiale Berlin.

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, 6. Oktober, Abends 8^{1/2} Uhr,

in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen B. Bruns über:

„Ein Stück Kulturgeschichte“.

2. Vereinsangelegenheiten.

3. Fragekasten.

Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Neue Mitglieder werden in der Versammlung

aufgenommen.

Sonnabend, d. 13. Oktober.

findet ein

Vereinskränzchen

in **Seidrich's Festsaal, Venthstr. 20**, statt.

Billets hierzu werden auf allen Zahlstellen,

sowie bei folgenden Herren ausgegeben: Apelt,

Sebastianstr. 27—28, (Möbelhandlung); Wiede-

mann, Forsterstr. 50, 3 Tr.; Schulz, Brägerstr. 42,

4 Tr.; Glode, Eisenbahnstr. 32, 2 Tr.; Noack,

Stalitzerstr. 24, 4 Tr.; Pöfel, Mantelstr. 22,

3 Tr.; Merkel, Mittelmaderstr. 13, Hof 4 Tr.;

Witte, Möderstr. 95, 3 Tr.; Willard, Lehrter-

straße 22, 2 Tr.; Bruns, Reichenbergerstr. 106,

1 Tr.; Bielestein, Gartenstr. 3a, 4 Tr. (bei

Wiedermann); Haberland, Reichenbergerstr. 161,

v. 2 Tr.; Engeler, Gitschinerstr. 32, v. 2 Tr. bei

Hr. Schmidt; Müller, Hollmannstr. 23, S. I. II.;

Normann, Steglitzerstr. 3, S. v.; Hannemann,

Kleine Andreasstr. 14, 3 Tr., b. Sachle.

Der Vorstand.

Berein der Sattler

und Fachgenossen.

Heute, Sonnabend, 6. Oktober, Abends 8^{1/2} Uhr,

in **Gratwell's Bierhallen, Kommandanten-**

straße 77—79.

Geschlossene

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.

2. Abrechnung.

3. Nennwahl der Revisoren.

4. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimirt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Proletariat aller Länder

vereinigt Euch!

Und kommt nach der Weinstraße 22 gleich;

Denn da giebt es verschiedene Biere

Und Braten von verschiedenen Thiere,

Finen guten Magenbitter von Dr. Haugl,

Sowie alle Liqueure, guten Nordhäuser auch.

Auch kann man da spielen 'nen gemütlichen Slot

Und dabei erfahren, wer in Leipzig 'ne Niets

gezogen hat;

Drum kommt herbei und säumet nicht lange,

Wo mehrere zusammen, wird's einem nicht bange.

Achtung!

Am Sonntag, den 7. Oktober, findet eine

konstituierende Versammlung des Vereins zur

Regelung der gewerblichen Verhältnisse der

Cöyfer Berlins

statt. Es ist Pflicht eines jeden Cöyfers, in dem

selben zu erscheinen. — Das Veranlassungstafel

wird an den Kasafaisülen bekannt gemacht.

Ein geistlicher Hirtenbrief. *)

Hört für diese Fastenzeit
Unsern Hirtenbrief, ihr Brüder;
Hört ihn an mit Frömmigkeit,
Rehmt und lest und lest ihn wieder.

Denn Jean Jacques und Aronnet
Sind an Allem Schuld gewesen;
Satan fluchte früh und spät,
Satan hatte sie gelesen;

Weil der Presse Unfug groß
Dazumal in Noah's Tagen,
Ließ der Herr die Wasser los,
Länger konnte er's nicht ertragen;

Gleich in Fesseln ward das Kind
Sont gelost, als es geboren,
Daß es lerne: Menschen sind
Klavi zu werden ausseroren;

Ultra-Vollstretter sind
Revolutionär zu Zeiten,
Schwachen, schwachen in den Wind
So von Freiheit als Freiheiten;

Während man behalten will,
Was der Kirche ward genommen,
Mühen wir uns emsig still
Wieder in Besitz zu kommen,

Pücket denn, ihr Sünder da,
Oder fürchtet unsre Rache!
Duldsamkeit, das wißt ihr ja,
Ist nicht eben unsre Sache;

Deshalb, lieben Brüder, hat
Gott erlaubt euch zu erlauben
Trockne Rinden zum Salat;
Wollt ihr noch gebraut'ne Tauben?

Veranger.

[Nachdruck verboten.]

Die Schultern der Marquise.

Von Emile Zola.

Aus dem Französischen übersetzt von G. Z.

I.

Die Marquise schläft in ihrem großen Bett, das
reichhaltige goldschillernde Seidenvorhänge verhüllen. Als
der helle Schlag der Stuhuhur Mittag verkündet, entschließt
sie sich, die Augen zu öffnen.

Das Zimmer ist angenehm durchwärmt. Dide Teppiche
und schwere Vorhänge an Fenstern und Thüren machen
es zu einem mulligen Nest, dessen Eingang der Kälte ver-
wehrt ist. Ein warmer, duftiger Hauch lagert über dem
Zimmer, in dem ewiger Frühling zu herrschen scheint.

Und sobald die Marquise ganz erwacht ist, scheint
sich eine plöglche, qualende Angst ihrer zu bemächtigen.
Sie wirft die Decken zurück und klingelt Julie, dem Kammer-
mädchen.

„Die gnädige Frau hat geklingelt?“

„Sagen Sie mir, thaut es vielleicht?“

„Ach die liebe, gute Marquise! Mit wie tief bewegter
Stimme hat sie nicht diese Frage gestellt! Ihr erster
Gedanke gilt der schredlichen Kälte, dem schneidenden Nord-
wind, den sie nicht spürt, der aber bitterlich kalt durch
die Löcher der armen Leute pfeift. Und sie erkundigt sich
jetzt, ob der Himmel gnädig gewesen, ob sie sich ohne

*) Das eben mitgetheilte Gedicht des genialen französischen
Chansoniers wurde bereits im Jahre 1817 veröffentlicht, es paßt
aber noch so vorzüglich auf die neuesten päpstlichen oder bischöflichen
Hirtenbriefe gegen die „alles untergrabende Demokratie“, daß wir
es der Vergessenheit entreißen. Nur die Namen haben sich in den
frommen Ergüssen geändert: damals waren für alles Jean
Jacques Rousseau, Voltaire (Aronnet) und die Aufklärer die Sünden-
böcke, heute sind es die Marx, Engels und die sozialistischen Demo-
kraten.

Gewissensbisse der Wärme ihrer Wohnung freuen, ohne
Gewissensbisse an Alle denken kann, die vor Kälte zittern.

„Haben wir Thauwetter, Julie?“

Die Kammerfrau reicht ihr den Morgenschlafrock, den
sie soeben vor dem großen, lustig flackernden Kaminfeuer
wärmt.

„O nein, gnädige Frau, es thaut nicht. Im Gegen-
theil, es friert noch stärker. Auf einem Omnibus hat man
Jemand erfroren gefunden.“

Die Frau Marquise freut sich wie ein Kind, sie
klatscht in die Hände und ruft jubelnd:

„Um so besser, ich kann heute Nachmittag Schlittschuh-
fahren gehen!“

II.

Langsam und vorsichtig zieht Julie die Vorhänge
auseinander. Das Licht soll nicht plöglch und grell
hereinfallen, um die zarten Augen der reizenden Marquise
nicht zu blenden.

Der bläuliche Reflex des draußen lagernden Schnees
babet das Zimmer mit klarem Licht. Der Himmel ist
grau, aber das Grau des Gewölks ist so hübsch, daß es
die Marquise an das perlgraue Seidenkleid erinnert,
welches sie gestern Abend auf dem Ministerball trug. Das
Kleid war mit weißer Satinpur garnirt, die dem Reizwerk
von Schnee und Eis ähnelt, das sich am Dachrand von
dem blaffen Himmel abzeichnet.

Sie trug gestern Abend ihre neuen Diamanten und
war entzückend schön. Sie ist erst um 5 Uhr Morgens
schlafen gegangen, ihr Kopf ist noch etwas schwer. Trotz-
dem setzt sie sich vor dem großen Spiegel, und Julie steckt
ihr die blonde, schimmernde Fluth der Haare auf. Der
Schlafrock gleitet zu Boden und enthüllt die nackten Schultern,
den nackten Rücken der Marquise.

Eine ganze Generation ist in dem Anblick dieser
Schultern alt geworden. Seitdem eine starke Regierung
den lebenslustigen Damen erlaubt, sich zu dekolletiren und
in den Tuilerien zu tanzen, trägt die Marquise durch das
Bedränge der offiziellen Salons ihre Schultern zur Schau.
Sie thut dies mit einer konsequenten Beharrlichkeit, die
sie zum lebenden Aushängeschild der Reize des zweiten
Kaiserreichs gemacht hat. Natürlich mußte sie sich der
Mode unbedingten, ihre Kleider bald züchtig herzförmig,
bald tief bis fast zu den Hüften herab ausschneiden, so
daß die liebe Seele allmählich den Blicken alle Schätze
preisgab, welche der Kleiderleib zu verhüllen heuchelte.
Auf ihrem Rücken und ihrer Brust giebt es keine erbsen-
große Stelle, die nicht der zwischen Mabeleine und der
Kirche des heiligen Thomas von Aquino wohnenden Leber-
weil bekannt sei. Die sich stolz brüstenden Schultern der
Marquise sind das üppig herausfordernde Wappen der
Epoche.

III.

Selbstverständlich ist es überflüssig, die Schultern der
Marquise zu beschreiben. Sie sind so populär wie der
Pont-Neuf. Ahtzehn Jahre lang haben sie eine wesent-
liche Programmnummer der öffentlichen Schaupiele ge-
bildet. Wo man in einem Salon, im Theater oder sonstwo
die winzigste Stelle dieser Schultern bemerkte, hieß es:
„Aha, die Marquise ist da! Ich erkenne den schwarzen
Schönheitsfleck ihrer linken Schulter.“

Die Marquise hat sehr schöne, weiße, volle, heraus-
fordernde Schultern. Die Blicke einer Regierung haben
wohlgefällig auf ihnen geruht, haben ihnen eine größere
Feinheit und Eleganz verliehen, wie dies dem Steinpflaster
geschieht, das im Laufe der Zeit durch die Füße der Menge
polirt wird. Wenn ich der Mann oder der Geliebte der
Marquise wäre, so möchte ich lieber den kristallinen, von
den Händen der Bittsteller abgenützten Thürknoip eines
ministeriellen Kabinetts küssen, als mit meinen Lippen diese
Schultern berühren, über welche der heiße Athem der ge-
sammtten Pariser Genuswelt strich. Denkt man an die
tausenderlei Begierden, welche sie erweckten, welche um Fe-
statterten, so fragt man sich unwillkürlich, aus welchem
Thon die Natur diese Schultern formte, daß sie noch nicht
rissig geworden und zerbröckelt sind wie die nackten Statuen,
die in der freien Luft der Gärten und Plätze stehen, und
an denen Wind und Wetter ihr Zerstückungswerk üben.

Die Marquise besitzt Schamgefühl, aber das konzen-
trirt sie auf andere Dinge als ihren Körper. Sie hat
ihre Schultern zu einer staatlichen Einrichtung erhoben.
Sie hat mit ihnen für die Regierung ihrer Wahl gekämpft!
Sie stand stets auf der Brèche, sie schien sich zu ver-
vielfältigen, sie zeigte sich bei den Ministern, in den Ge-
sandschaftshotels, bei einfachen Millionären.

Ein Lächeln ihrer Purpurlippen unterwarf die
Schwankenden, führte dieselben der Regierung zu, ihr
Mabasterbusen stützte den Thron, und in den Tagen der
Gefahr enthüllte sie weitere verborgene Reize, die über-
zeugender wirkten als Schwerter und Soldaten.

Um ein Botum zu entreißen drohte sie eine so gründ-
liche Dekolletirung an, daß sich die grimmigsten Oppositions-
männer besiegte erklärten.

Trotz alledem sind die Schultern der Marquise noch
heut blendend schön. Sie haben eine Welt getragen, ohne
daß sich eine Furche in ihren weißen Marmor grub.

IV.

Die Marquise hat sich Nachmittags von Julie ein
reiches polnisches Kostüm anlegen lassen und geht Schlittschuh-
fahren. Sie fährt bewunderungswürdig gut Schlittschuh.

Im Boulogner Wäldchen ist heut eine Hundekälte,
ein eifriger Windhauch röthet Nasen und Lippen der
Schlittschuh fahrenden Damen, scheint ihnen feinen Sand
in das Gesicht zu blasen. Die Marquise lacht, es amüsiert
sie, einmal zu frieren. Von Zeit zu Zeit wärmt sie ihre
Füßchen an einem der lobenden Feuer, die rings um den
kleinen See angezündet sind. Dann fliegt sie wieder wie
eine Schwalbe über das Eis, die in ihrem Fluge kaum
den Boden streift.

Welch herrliche Schlittschuhpartie! Es ist ein wahres
Glück, daß es noch kein Thauwetter giebt. Hoffentlich
hält die Kälte an, und die Marquise kann die ganze
Woche Schlittschuh laufen!

Auf dem Heimweg gewahrt sie in einer Seitenallee
der Champs-Elysées ein armes Weib, das halb erfroren
am Fuße eines Baumes zusammen gebrochen ist und vor
Kälte zittert.

„Die Unglückliche,“ murmelt die Marquise fast zornig
vor sich hin.

Und da der Wagen zu schnell fuhr, und sie ihre
Börse nicht gleich finden konnte, so warf sie der Bettlerin
das Bouquet zu, das ihren Wagen durchduftete, es war
ein Bouquet aus weißem Flieder und gewiß seine fünf
Louisd'or werth.

Tollgeworden.

Tollgeworden! — so hat die gebildete englische Ge-
sellschaft wohl ausgerufen, als kürzlich der Bischof von
Westminster Abbey in London sein Amt niederlegte mit
der Begründung, daß er die heutige Kirche als ein durch
und durch volksfeindliches Institut erkannt und darum
nichts mehr in ihr zu suchen habe, und daß er nunmehr
alle seine Kraft in den Dienst der Armen stellen wolle.

Mit schönen Worten darf ein Geistlicher wohl von
dem Elend des Volkes sprechen, aber selber in diese Tiefen
hinabzusteigen, auf alle Annehmlichkeiten und Einkünfte
des Amtes zu verzichten und dann gar noch die wohl-
stuurten, früheren Genossen als Schmarotzer zu brand-
marken — wer kann daran zweifeln, daß man tollgeworden
sein muß, um sich soweit zu vergessen!

Und der „verrückte Bischof“ war unbarmherzig in
seiner Kritik. Man höre nur Folgendes:

„Meine heutige Predigt — begann er — ist die
letzte, die ich als Bischof von dieser Kanzel halte, es ist
eine Predigt, welche Euch reichen und wohlhabenden Leuten
vielleicht ungewöhnlich scheint, allein ganz gewöhnlich allen
deuten ist, welche für die Humanität gearbeitet und ge-
litten haben . . .

„Ihr, die Ihr hierher kommt, in Purpur gekleidet,
etliche in königlichen Palästen wohnend und mit allem
Luxus umgeben, denkt, indem ihr ein Geldstück in den
Klingelbeutel werft, daß damit allen moralischen Ansprüchen
nachgekommen sei. Aber ich glaube, daß selbst Christus,
könnte er heute auf dieser Kanzel stehen, dieselben Worte
Euch in's Gesicht schleudern würde und zwar mit einer
solchen Gewalt und Bitterkeit, wovon Ihr in diesem
Jahrhundert noch keinen Begriff habt. Nicht als Bischof,
sondern als Mensch wiederhole ich diese Worte, sehr be-
zweifelnd, ob dieselben Eure Herzen berühren, allein sie
geben mir Zufriedenheit und Gerechtigkeit in meiner neuen
und fremden Stellung.

„Seit Jahren war ich einer von Euch; mein Heim
war nicht bei den Massen, es war bei den Klassen.

„Ich bin reichlich mit irdischen Gütern ausgestattet;
ich war ein hoher Beamter in den Reihen der Reichen,
allein nicht in den Reihen der Armen. Ohne mich dagegen
zu sträuben habe ich mich in die Gesellschaft von Männern
und Frauen begeben, welche Christus mit den Schriftge-
lehrten und Pharisäern vergleichen würde. In dem
Haufe der Lords habe ich stillschweigend neben Wüstlingen
und Verführern gesessen, und stillschweigend habe ich hoch-
geborene Frauen als meine intimsten Freundinnen be-
willkommnt — etliche davon sehe ich heute vor mir — mit
welchen kein ehrlicher Arbeiter sein Weib oder seine Tochter
verkehren lassen würde. . . .

„Aber ich habe mich gefürchtet, Euch Eure Sünden
vorzuhalten. Während der ganzen Zeit nahmen um mich
herum in dieser großen Weltstadt . . . die Betrübnisse,
Leiden, Armuth, Krankheit zu. Ihr und ich sind bis zur
Gegenwart zum größten Theil zu beschuldigen. Wir und
unsere Klasse haben die Früchte der Arbeiter eingeheimst,
wir haben in Vergnügen und Ueberfluß gelebt und unsere
Lüste befriedigt, während wir die Körper derjenigen aus-
hungerten, denen wir unser täglich Brot sowie die Kleidung,
die wir tragen, verdanken. . . .

„Meine Mitbürger! Ich weiß nicht, wie es mit Euch
steht, allein für mich hat dieses leichte und selbstfüchtige
Leben ein Ende! — Ich bin immer mehr zu der Ueber-
zeugung gelangt, daß ich während meiner Tage meine
Pflicht gegenüber meinen Mitmenschen vernachlässigt habe,
und endlich bin ich davon überzeugt, daß meine Stelle
nicht hier, als ein gut bezahlter Bischof einer Kirche, deren
gegenwärtiges Verhalten ganz und gar der Lehre Christi

entgegen ist, sein darf, sondern mein Platz soll sein unter den Armen, ja unter den Arbeitern, deren Früchte wir im Besitze halten.

„Zu lange habe ich die traurigen sozialen Thatfachen unserer sogenannten christlichen Civilisation vernachlässigt. — Zu lange habe ich über süße Dinge zu Euch gesprochen und Friede verkündigt, während kein Friede da war. Ich wußte, daß Elend unter dem Volke war, Hunger in unserer Mitte und Prostitution auf den Straßen. Allein vormals habe ich geglaubt, und Euch zu dem Glauben veranlaßt, daß dies ein Erbtheil der Natur sei.

„Jedoch habe ich jetzt gelernt — und Ihr könnt dasselbe auch lernen, wenn Ihr nur wollt —, daß unser Luxus und Vergnügen nur durch dieses Elend besteht. Deswegen habe ich beschloffen, daß von diesem Tage an ein neues Leben beginnen soll. Heute lege ich mein Gewand ab, lege mein Amt als Bischof nieder und erkläre mich meines Palastes, den ich bewohne, sowie meiner Einkünfte und des Sitzes im Hause der Lords als verlustig. Ich gebe alle Vergünstigungen der Gesellschaft und der Welt auf, um endlich als Mensch einen Platz unter den Menschen einzunehmen.

„Es ist, ich weiß, ein gewagter Schritt und dessen Folgen sind mir vollständig klar. Einmal entschlossen, nicht länger mehr von der Arbeit anderer zu leben, werde ich gezwungen sein, der großen Armee der Arbeitslosen mich anzuschließen. Morgen werde ich den Versuch machen, meine erste Rede im Trafalgar Square über denselben Text zu halten, den ich heute hier gebraucht und es ist nicht unmöglich, daß ich morgen Abend mein Quartier in einer Polizeizelle aufschlagen muß. Allein ich würde dadurch nichts Härteres erfahren, denn selbst Christus, im Falle er es jetzt unternehmen würde, in diese Abbey (Westminster) einzutreten, denn er würde als ein Vagabund arretirt und eingesperrt werden, weil er nicht genug Substanzmittel aufweisen könnte. Für Euch und Eure Klasse würde er nur ein Arbeiter sein, dessen sauren Schweiß Ihr Euch aneignet. Diese Aneignung, deren Folge Elend und Verkommenheit unter den Arbeitern birgt, ist anzuhoben.

„Diesem Streben will ich von jetzt an mein Leben widmen. Es ist kein Leichtes, so lange Bischof von London zu sein und auf all dies zu verzichten, aber ein gutes Gewissen zu haben, und ein edles Werk recht gethan, ist viel besser als ein Palast mit einem Gehalt von zehntausend Pfund (200 000 Mark) das Jahr.“

Die hochmüthige Gesellschaft, zu welcher der Bischof sprach, wird natürlich über diese Rede die Achseln gezuckt haben, und wenn es dem Manne wirklich Ernst ist mit seinem Zukunftswirken, so wird er zweifellos — soweit er alles kirchliche Beiwerk bei Seite läßt — nur unter den Arbeitern Verständniß finden. Nichts von oben, alles von unten zu erwarten, das muß jeder lernen, der heute auf sozialem Gebiete etwas erreichen will.

Die Wohnungsnoth der Arbeiter.

□ Das mächtige Sichregen der Arbeiterbewegung hat bis jetzt wenigstens das eine Gute erzielt, daß man in allen Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft sich mit den Beschwerden der Arbeiter beschäftigen muß, wenn auch bisher außer ganz ungenügenden Versuchen man aus theoretischen Besprechungen nicht herausgekommen ist, in welchen die Worte christliche Pflicht, Nächstenliebe, ernste Bestrebungen u. s. w. eine breite Rolle spielen, ohne daß die Sache selbst wesentlich weiter rückt.

Daß dabei die überschwänglichsten Lobeserhebungen über die mit dem pomphaften Namen „soziale Reform“ bezeichnete, in Deutschland von der Regierung zum größten Theil auf Kosten der Arbeiter eingeführte oder geplante Verbesserung der Armenpflege mit beigegeben werden, ist feststehender Gebrauch.

So wenig die Empfänger dieses mageren Geschenkes, genannt soziale Reform, die Arbeiter, sich für dasselbe begeistern können; so wenig wir bis heute auch nur eine einzige unabhängige Arbeiterstimme vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel in der Arbeiterbewegung gehört haben, die etwas anderes als höchstens eine ganz bedingte kühle Anerkennung einzelner Verbesserungen der Armenpflege durch die beiden sogenannten sozialreformatorischen Gesetze, die Krankenversicherung und die Unfallversicherung, ausspricht; so bestimmt und einstimmig auch die ganze Arbeitererschaft die geplante Alters- und Invalidenversicherung als den Arbeitern mehr schädlich als nützlich ablehnt: die bürgerlichen Organe preisen diese Gesetze und Gesegentwürfe in den höchsten Tönen als eine unendliche Hebung der materiellen Lage der Arbeiter, für welche die besondere Anerkennung und Dankbarkeit der Arbeiter beansprucht wird.

Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn der Geber eines zweifelhaften Geschenkes den Werth desselben in den Himmel erhebt, während der Empfänger, der sich das Ding genau angesehen und es richtig geschätzt hat, es mit mitleidigem Achselzucken dahin thut, wo man wenig werthvolle Sachen aufbewahrt.

Nun, man hat nach der Richtung der Verbesserung der Armenpflege hin, in der Fürsorge für kranke und verunglückte Arbeiter aber wenigstens einen, wenn auch sehr schwachen, Versuch gemacht. Sowie aber ein Schritt geschehen soll zur wirklichen Hebung der materiellen Lage der gesunden und doch nothleidenden Arbeiter, dann verfährt die Fähigkeit der heutigen Gesellschaft so vollkommen, daß sogar recht wenig arbeiterfreundliche Kreise derselben ihre ernstesten Bedenken über diese so offen zu

Tage tretende Hilflosigkeit einem anerkannten Bedürfnis gegenüber, nicht unterdrücken können.

Als Beispiel, wie ernste Besorgniß sogar diese reaktionären Kreise ergreift über diese erschreckliche Unfähigkeit der heutigen Gesellschaft, möge man aus der nachfolgenden Ausfäshung der streng reaktionären „Dresdener Nachrichten“ ersehen:

„Wir erinnern nur an die Anträge betr. die Sonntagsruhe, des Verbots der Kinder, der Einschränkung der Frauennarbeit. Der Bundesrath war niemals dafür zu Hause. Er ließ die vom Reichstage einstimmig gefaßten Beschlüsse unangeführt. Die ablehnende Haltung des Bundesraths wurde durch die Vorstellungen der Großindustriellen herbeigeführt. Sie vereitelten, gegen ihr eigenes Interesse, verblendet von kurzfristigem Eigennutz, alle wohlgemeinten, wahrlich gemäßigten und durchaus ausführbaren Maßregeln, die zur Schonung der Kräfte des gesunden Arbeiters, zur Wiedererweckung eines Familienlebens unter den Arbeitern vorgeschlagen wurden. Die Gewinnsucht, die Profitmacherei der Industrie-Magnaten trugen stets über alle Forderungen der Menschlichkeit und des wohlverstandenen Interesses den Sieg davon. Es ist kein gesunder und natürlicher Zustand, wenn die Fabriken voll Kinder stecken, während Tausende von Familienvätern und anderen Erwachsenen arbeitslos sind oder sich unter der Konkurrenz der Kinderarbeit mit unauströmmlichen Löhnen begnügen müssen. Aus den Berichten der sachlichen Fabrikinspektoren ergibt sich die bedenkliche Thatfache, daß ein immer größerer Theil des weiblichen Geschlechts fabrikmäßig sich beschäftigt und auch die Zahl der in Fabriken verwendeten Kinder sich ständig vermehrt. In dem Streben nach immer billigeren Herstellungskosten der Industriewaren stellt man immer mehr Frauen an Stelle der Männer in die Arbeit ein und holt, wenn auch diese zu theuer werden, die Kinder herbei. Solche Unnatur muß sich einmal rächen. Alle gewalthätigen Umwälzungen sind dadurch entstanden, daß man es verabsäumte, eingerissene Mißstände rechtzeitig zu beseitigen. Daher ist das Verlangen nach Abschaffung dieser Mißstände und Einführung eines wirksamen Arbeiterschutzes ein hervorragend konservatives Interesse. Die soziale Frage ist keine Jagfrage für gelehrte Nationalökonomien, keine Interessenfrage der Fabrikanten, keine Parteifrage für Sozialdemokraten, sondern eine Volksfrage, von der die Zukunft unseres Volkes abhängt. Es wird die preisliche Aufgabe aller staatsbehaltenden Parteien im Reichstage sein gegenüber der Kurzsichtigkeit des Industrialismus und Kapitalismus mit Nachdruck die Stimme für einen durchgreifenden Arbeiterschutz zu erheben.“

Wir nehmen gebührend Kenntniß davon, daß hier alle Parteien, die der „Kurzsichtigkeit des Industrialismus und Kapitalismus“ entgegen für einen „durchgreifenden Arbeiterschutz“ eintreten, hier als „staatsbehaltende Parteien“ bezeichnet sind, wenn uns auch diese Verbrüderung in etwas eigenthümliche Gesellschaft bringt. Wir haben die Forderung nach „durchgreifendem Arbeiterschutz“ zuerst und laut erhoben, wir Sozialdemokraten.

Wir sind aber ganz sicher, daß diese schönen Worte der Herren Reaktionäre noch sehr lange schöne Worte bleiben werden. Die „Kurzsichtigkeit des Industrialismus und Kapitalismus“ beherrscht nicht nur die Schlotjunker, sondern auch die Krautjunker. Von beiden wird sie nicht weichen, bis der Druck der äußeren Verhältnisse sie zwingt. Kapitalismus und Industrialismus sind eben die Grundpfeiler der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, daran ändern keine Nebenarten etwas.

Sehr schlagend zeigt sich die Unfähigkeit der heutigen Gesellschaft an einem besonderen Punkt der Arbeiternoth, an der Wohnungsfrage.

Durch den bei der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung ganz unausrottbaren und gar nicht einschränkbaren Grundstücks- und Häuserwucher ist ein Wohnungselend der ärmeren und also der arbeitenden Volksklassen erzeugt, das man nicht wegleugnen kann, das man selbst widerwillig anerkennen und zugestehen muß, da die Thatfachen zu laut und zu deutlich reden. Auch die frivolen Trostgründe besonders „freisinniger“ bürgerlicher Volkswirthe und Beschönigungsredner, daß die Arbeiter an der Wohnungsnoth selbst schuld sind, weil sie gute Wohnungen nicht zu schätzen wissen, daß sie besser wohnen würden, wenn sie mehr für Wohnungen ausgeben würden, daß sie gar nicht zu wohnen verstehen, ihnen also gute Wohnungen nicht nützen würden, und wie diese albernen Einwände alle heißen, können den schreienden Thatfachen gegenüber nicht zur Wirkung gelangen. Man kann sagen, die Wohnungsnoth der Arbeiter ist in allen Kreisen anerkannt und man ist auch darüber einig, daß irgend etwas geschehen muß, um sie zu heben.

So wie aber die Frage aufgeworfen wird, wie dieses „Etwas“ nun eigentlich aussehen soll, dann zeigt sich die ganze Unfähigkeit des heutigen Wirtschaftssystems.

Dasselbe reaktionäre Blatt, dem wir schon den einen Ausschnitt entnahmen, sagt: „Die Wohnungsnoth ist die Quelle schwerer sittlicher, gesundheitlicher und gesellschaftlicher Uebelstände. Wohnen muß der Mensch, es ist nicht in der Ordnung, daß er sich's am Munde abdarbt, um den Miethszins aufzubringen.“

Das ist sehr richtig. So wie aber die Frage heißt: was soll geschehen? dann findet es nur den Gemeinplatz als Antwort: „Eine Wohnungsreform mittelst zahlreicher Bauens billiger Wohnungen nimmt den sozialen Gegensätzen einen guten Theil ihrer Schärfe und Gefahr. Mächte das Reich, Staat und Stadt, jedes das ihrige thun, um die Erbauung gesunder und billiger Wohnungen zu begünstigen. Den Anfang aber soll die Industrie machen, denn hauptsächlich sie bewirkt die Wohnungsnoth.“

Es wird jeder unserer Leser einsehen, daß mit so allgemeinen Nebenarten die Sache nicht einen Zoll breit weiter geschoben ist. Die Arbeiter vor Allem haben mit sehr gutem Grund gegen die Forderung der Wohnungsnoth durch die Fabrikanten das allergrößte Mißtrauen. Sie wissen, daß die Wohnung in dem Hause des Fabrikanten eine der schwersten Fesseln ist, die man ihnen anlegen kann. Die sozialen Gegensätze werden dadurch ohne Zweifel sehr erheblich verschärft und vergiftet, daß dem Arbeiter bei jedem Konflikt in wirtschaftlicher oder politischer Beziehung mit dem Fabrikanten sofort die Gefahr

droht, mit der Familie auf die Straße geworfen zu werden. Ihnen sind die Ulfase der Fabrikpächter in Erinnerung, welche ihnen vorschreiben, welche Zeitungen nur in „feinen“ Häusern gehalten werden dürfen. Sie wissen, daß ein Widerstand gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unmöglich ist, wenn jede Arbeitseinstellung unzweifelhaft die Ernüchterung nach sich ziehen muß. Also das Verweisen auf die Industrie wegen Abhilfe der Wohnungsnoth ist ein zu gefährliches Geschenk, als daß die Arbeiter es gerne annehmen werden.

Herr Miquel, der kartellbrüderliche Oberbürgermeister von Frankfurt, will die Frage der Wohnungsnoth durch einige Gesetzesparagrafen und einige Polizeiverordnungen lösen. Der Wohnungswucher soll unter Strafe gestellt werden. Wir glauben, daß das gerade soviel nützen wird, wie die Wucherparagrafen gegen den Geldwucher. Wenn man die Wohnungsmiethen amtlich feststellen wollte, und dies wäre so geschehen, daß es dem Kapitalprofit un bequem würde, so könnte man heute das Kapital nicht zwingen, sich überhaupt in Wohnungsbau anzulegen. Die Zustände würden sich verschlimmern, die Häuser würden sich verschlechtern, die Noth würde größer werden. Ebenso müssen die polizeilichen Beschränkungen des Herrn Miquel wirken, die die Beschaffenheit der Wohnungen regeln sollen. Die Wohnungen werden vertheuert und die deutschen Arbeiter sind durch die Unterdrückung ihres Vereinigungsrechtes gehindert, die entsprechende Lohnerhöhung zu erhalten. Oder ist man wirklich so kindlich einfältig zu glauben, Fabrikanten oder Innungsmeister werden ohne Zwang die Löhne der Vertheuerung der Wohnungen entsprechend erhöhen? Man müßte also den Arbeitern mindestens gleichzeitig das Vereinigungsrecht wieder geben, das Sozialistengesetz aufheben. Werden Herr Miquel und seine Freunde, Herr Dechelhäuser und die anderen dafür zu haben sein? Wäre außerdem damit schon genügend geschehen? Sieht es nicht Gewerbe, die so tief herabgekommen sind, daß ihnen auch das Vereinigungsrecht nichts mehr nützt?

Wie man sich auch drehen und wenden mag, auf diese Grundforderungen einer jeden der Rede werthen sozialen Reform stoßen wir immer wieder, und davon wollen Herr Miquel und seine Freunde nichts wissen, also ist alle ihre Mühe weiter nichts werth, als das Dreschen von leerem Stroh. Die Urtheilslosen mögen noch so sehr Bravo! schreien und sehr erbaut sein, der Arbeiter wird sagen: Eine gute und gesunde Wohnung ist ein schönes Ding, wenn man sie bezahlen kann. Er wird das Richtige getroffen haben.

Sehr scherzhaft klingen dem gegenüber die anderen Schmerzen, welche die Bourgeoisie der Arbeiterwohnungen wegen hat. Sie weiß nicht, wer sie bauen soll, sie wartet, daß irgend ein edler Wohlthäter kommen wird, der sich Milliarden irgendwie erwuchert oder ergannert hat, wie etwa Peabody (sprich: Pibobdi), der edle Amerikaner, und der diese Milliarden nun hergeben wird, um den Arbeitern zu nützen. Auch sollen einige „Gemeinnützige Baugesellschaften“ schon ganz wunderbar Schönes manchen Orts geleistet haben. So etwa in dem Maßstabe, als ob man ein Fünzigpfennigbrod in den Ocean wirft, um die armen Wallfische vor dem Hungertode zu retten bei einer Wallfischhungernoth. Bis diese edlen Menschenfreunde mit den überzähligen Milliarden gefunden sein werden, bis die gemeinnützigen Bauvereine durch Bazare, Konzerte, Lotterien und andere Betteleien einen genügenden Fonds zusammengeschnorrt haben werden, unterhält man sich damit, ob es zweckmäßiger ist, Arbeiterviertel von den noch nicht gefundenen Geldern zu gründen, oder die Arbeiter im zierlichen Gemisch mit der fetten Bourgeoisie wohnen zu lassen.

An eine aufrichtige Lösung der Frage zu denken, fällt keinem Menschen ein, denn diese Lösung ginge nur Wege, die sozialdemokratisch sind und die das Bürgerthum darum nicht gehen kann. Da spielt das Bürgerthum also nicht mit.

So wird es in der Frage der Wohnungsnoth der Arbeiter auch ferner nur Worte, Worte und wieder Worte geben, aber zu einem auch nur einigermaßen ersprießlichen Handeln nicht kommen.

Die durchschnittlichen Wochenlöhne

werden in Berlin jährlich vom statistischen Bureau der Stadt veröffentlicht.

Wir bemerken von vorne herein, daß die veröffentlichten Zahlen nur einseitig durch Befragen der Unternehmer festgestellt sind, die ein Interesse daran haben, die Löhne recht hoch erscheinen zu lassen, wenn es sich um weiter nichts als um statistische Zahlenangaben handelt. Die Unternehmer geben zu diesem Zweck also die Löhne besonders bevorzugter, das ganze Jahr hindurch beschäftigter Arbeiter an.

So darf z. B. einem Maurer keine Stunde Arbeitszeit verloren gehen und er muß 50 Pfennige Stundenlohn das ganze Jahr hindurch erhalten, wenn er auf einen Durchschnittslohn von 24 Mk. 25 Pf. kommen soll. Nun erhalten aber nicht alle Maurer 50 Pfennige Stundenlohn und nur ein sehr kleiner Theil hat keine Ausfälle an der Arbeitszeit, die bei den letzten langen Wintern 2000 Arbeitsstunden im Jahr kaum erreichen möchte. Die Zimmerer-gefallen sind im Durchschnitt noch schlechter gestellt, da bei ihnen noch viel weniger 50 Pf. Stundenlohn erhalten, es ist also offenbar falsch, wenn der Durchschnittslohn der Gesellen im Baugewerbe mit 24,25 Mk. angegeben wird, er beträgt in Wirklichkeit noch nicht 20 Mark.

Danach möge man die Nichtigkeit der anderen Zahlenangaben beurtheilen.

Die Sache ist nicht so ganz ohne Bedeutung, da diese Zahlen, die das städtische statistische Amt angegeben hat, der Steuereinschätzung zum Grunde gelegt werden. Es ist hieraus ersichtlich, wie wichtig es für die Arbeiter ist, eine genaue Lohnstatistik zu besitzen. Die Frage ist schon oft und vielseitig angeregt, hat aber niemals die gehörige Beachtung bei den Arbeitern gefunden. Das ist sehr zu bedauern.

Die Unternehmer geben übrigens ganz andere Zahlen an, wenn es sich darum handelt, Leistungen für die Arbeiter zu machen. Da rechnen sie den jährlichen Durchschnittslohn für die Gesellen im Baugewerbe in Berlin nur auf 900 Mark an, während er nach den Angaben des städtischen statistischen Amtes 1260 Mark also mehr als 33% Prozent mehr betragen müßte.

Das städtische statistische Amt giebt uns folgende Zahlen an:

Den höchsten Wochenlohn erhielten die Oberdrucker mit 60.— M., dann folgen die Ober-Maschinenmeister in den Druckereien mit 57.— M., die Metzgere mit 48.—, die Faktoren in den Druckereien mit 43,80, die Poliere und Obermeister im Baugewerbe 42,95, die Werkmeister in der Industrie der Steine und Erden 40,73 und die Werkmeister in der Maschinenindustrie 40.— M.

Die durchschnittlichen Wochenlöhne in den Jahren 1885 bis 1887 schwankten bei den Werkmeistern der einzelnen Industrien zwischen 40,10 M. (Druckereien etc.) und 30,95 M. (Industrie der Holz- und Leuchtstoffe).

Die Gesellenlöhne betragen im Zeitlohn

	Mark
in den Druckereien	26,25
in der Industrie der Steine und Erden	25,45
im Baugewerbe	24,25
in der Industrie der Holz- u. Leuchtstoffe	23,25
der Nahrungs- und Genussmittel	22,25
der Maschinen	21,95
der Metalle	21,50
des Papiers und Leders	21,30
der Holz- und Schweißstoffe	20,30
der Bekleidung und Reinigung	18,60
in der Textilindustrie	17,60

Der Stücklohn ist in den meisten Industrien für die Gesellen wesentlich höher, namentlich beim Baugewerbe, wo er auf 36,15 M. und bei der Industrie der Holz- und Leuchtstoffe, wo er auf 30,85 M. steigt; dagegen beträgt er in der Textilindustrie nur 16,20 M.

Der Wochenlohn der Lehrlinge schwankt im Zeitlohn zwischen 10,40 M. (Baugewerbe) und 5,70 M. (Industrie der Bekleidung und Reinigung). Bei der Maschinenindustrie verdienen die Lehrlinge im Stücklohn 11,85 M. wöchentlich.

Der Lohn der Arbeiter bewegt sich im Zeitlohn zwischen 20,25 M. (Holz- und Leuchtstoffe) und 15,20 M. (Metalle), im Stücklohn zwischen 25,20 M. (Holz- und Leuchtstoffe) und 15,80 M. (Nahrungs- und Genussmittel).

Jugendliche Arbeiter verdienen zwischen 10,20 M. (Stücklohn in der Metallindustrie) und 7,70 M. (Zeitlohn ebenda); erwachsene Arbeiterinnen zwischen 13,25 M. (Zeitlohn in Druckereien) und 9,90 M. (Stücklohn in der Textilindustrie); die jugendlichen Arbeiterinnen endlich zwischen 7,60 M. (Zeitlohn in der Maschinenindustrie) und 5,80 M. (Zeitlohn in der Bekleidungsindustrie).

Von den Gesellen der einzelnen Gewerbe hatten den höchsten Wochenlohn die Oefener und Töpfer mit 49,95 M. (Stücklohn), die Dachbeder mit 37 M. (Stücklohn), die Oefenseger etc. mit 36 M. (Zeitlohn), die Steinbildhauer mit 35 M. (Zeitlohn), die Maschinenbaugesellen mit 44,20 M. (Stücklohn), die Oefenseure mit 32,25 M. (Stücklohn), die Lithographen 31,10 M. (Zeitlohn), die Schriftgießer mit 30,45 M. (Zeitlohn), die Schriftsetzer mit 30,95 M. (Stücklohn) u. s. w.

Wir erwähnen ferner noch die Löhne der Gesellen bei folgenden wichtigeren Gewerben im Zeit- bezw. Stücklohn:

	Zeitl.	Stüchl.		Zeitl.	Stüchl.
Alchemiker	21,40	25,55	Müller	20,70	—
Schlosser	20,85	26,70	Schlächter (Rost u. Logis)	11,50	—
Mechaniker	21,75	25,25	Schneider	16,50	18,—
Uhrmacher	21,—	18,—	Dumacher	20,85	23,10
Tuchmacher	15,—	11,—	Schuhmacher	14,25	—
Gerber	19,50	20,20	Parbiere u. Friseur	20,—	—
Sattler	18,83	23,30	Maurer	24,35	25,20
Tischler	22,25	24,15	Zimmerer	26,55	27,50
Böttcher	24,85	24,—	Maler	22,85	24,—
Drechsler	21,35	24,10	Anstreicher	16,95	20,35
Nadelpolierer	19,75	22,25	Graveure	24,—	25,95
Pianoortearbeiter	24,55	27,30	Photographen	22,85	—
Büder (Rost u. Log. 9,90 M.)	20,15	—			

Wie es bei den Baugewerben sieht, wird es sicher auch bei den anderen Gewerben sich verhalten. Auch da werden sich leicht Uebertreibungen nachweisen lassen.

Wir können die Arbeiter nur auf die Wichtigkeit einer Lohnstatistik auch hier nochmals hinweisen. Die Lohnkommissionen der verschiedenen Gewerke dürfen es nicht unterlassen, immer und immer wieder die Aufnahme solcher Statistiken anzuregen, wenn auch vielfach der Erfolg kein lohnender sein wird. Die Trägheit und der Unverstand der Massen muß immer auf neue angegriffen und bekämpft werden. Jeder Arbeiter von einiger Intelligenz aber muß sich die Aufgabe stellen, nicht nur selbst genaue Lohnaufzeichnungen zu machen, sondern auch seine Kollegen auf die Wichtigkeit solcher Aufzeichnungen hinzuweisen und sie dazu anzuhelfen.

Die Sache hat ja auch ihre sehr praktische Bedeutung für die Berechnung der Rente bei einem Unfall. Hier wird der Unternehmer die Neigung haben, den Verdienst der Arbeiter so niedrig als möglich anzugeben, um die von der Berufsgenossenschaft, also mit aus seiner Tasche zu bezahlende Rente möglichst zu verringern. Besitzt der Arbeiter keine genauen Aufzeichnungen über den verdienten Lohn, so wird es ihm meistens ganz unmöglich sein, die Wichtigkeit der zu niedrigen Angaben des Unternehmers anzusehen.

Also versäumt nicht, Arbeiter, statistisches Material über die Lohnverhältnisse zu sammeln. Was die Angaben über die Akkordlöhne anbetrifft, so ergiebt sich aus denselben die ganze Schädlichkeit der Akkordarbeit für die Arbeiter.

Nehmen wir wieder das Baugewerbe, so finden wir neben dem Zeitlohn von 24,25 M. einen Stücklohn von 36,15 M. Abgesehen davon, daß diese Zahl ebenso übertrieben ist und der Durchschnittslohn mindestens um 33% pCt. tiefer zu sein dürfte, bekündigt sie dennoch das, was schon oft gesagt ist. Der Akkordarbeiter arbeitet für zwei und bekommt bestenfalls für anderthalb bezahlt. Er macht sich selbst Konkurrenz, indem der Stücklohnarbeiter durch seine Anstrengung die Arbeiterzahl gleichsam verdoppelt und dadurch Stücklohn wie Zeitlohn hinabdrückt.

Dabei sind die Bauhandwerker nach diesen Angaben noch dänig gestellt. Da wo der Stücklohn, die Akkordarbeit, als allgemeiner Gebrauch eingeführt ist, verdient der Akkordarbeiter, trotz seiner Schufterei, nur ganz wenig mehr als der Zeitlohnarbeiter, oft in Wirklichkeit dies nicht einmal.

Daß die Töpfer (Oefenseger) einen Durchschnittsverdienst von 43,35 M. haben, ist innungsmeisterlich gelogen, da können wir gar keinen anderen mehr parlamentarischen Ausdruck gebrauchen. Ebenso entspricht es den tatsächlichen Verhältnissen nicht, wenn der Lohn der Zimmergesellen auf 26,55 bzw. 27,50 M. und der Maurer auf 24,35 bzw. 25,30 M. angegeben wird. Wie es Jedermann bekannt ist, steht der Lohn der Zimmergesellen leider immer eine Kleinigkeit schlechter als der der Maurergesellen. Das ist eine so bekannte Thatsache, daß man hier bei diesen Angaben die Absicht sehr leicht merkt. Die Zimmerer in Berlin drängen nämlich danach, eine Gleichstellung mit den Maurern zu erreichen und drohen schon längere Zeit mit Ausstand. Da lägen die Innungsmeister, aus deren Angaben doch ganz unzweifelhaft diese Zahlen genommen sind, den Zimmergesellen sofort einen höheren Lohn an, als die Maurer haben.

Wir können nur unser Bedauern darüber ausdrücken, daß die städtischen Behörden so wichtige Zahlenangaben so unreinen Quellen entnehmen. Als Entschuldigung müssen wir freilich anerkennen, daß andere Quellen nicht leicht aufzufinden sind. Indessen, wenn die städtische Behörde sich an die Berliner Arbeiterschaft wenden und diese ersuchen würde, gewerkschaftsweise in öffentlichen Versammlungen die Höhe der im Gewerbe gezahlten Löhne festzustellen, so würden sich dadurch wenigstens kontrollierbare Angaben erzielen lassen, die, wenn sie nicht richtig erscheinen, durch Entgegenstellen bewiesener Thatsachen berichtigt werden können, statt daß diese Behörden sich jetzt an die ausgesprochen arbeitserfindlichen Kreise der Innungen oder an mit diesen zusammenhängende und gleichgesinnte Personen wenden.

Als Antwort auf diese übertriebenen Zahlen würde es sich vielleicht empfehlen, wenn die Gewerkschaften aus eigenem Antriebe Versammlungen berufen und in diesen genau feststellen würden, mit Angabe der Werkstelle oder des Bauplatzes, was als höchster, was als niedrigster Verdienst anzunehmen ist, und was in den meisten Fällen gezahlt wird. Denn heillosig gesagt, auch hier sind Durchschnittszahlen sehr wenig werth. Schon mehr werth ist die Zahl, welche anzeigt, was verdienen die meisten Kollegen. Die Durchschnittszahl ist nämlich in der Regel höher als die Zahl, welche anzeigt, was verdient der größte Theil.

Dann ist kennzeichnend der geringste Verdienst. Er zeigt das Elend, das in einem bestimmten Gewerbe herrscht, während die Durchschnittszahl es verschleiert.

Wenn in den ersten Versammlungen dieser Art durch Mangel an Uebung in der Sache auch vielleicht keine brauchbaren Ergebnisse erzielt werden sollten, die Erfahrung würde bald lehren, wie die Sache anzustellen ist, um zum Ziele zu kommen.

Wir wollen nur nebenbei bemerken, daß es bei solchen Erhebungen sich hauptsächlich darum handelt, mit der größten Offenheit und Ehrlichkeit zu verfahren und nur zu erweisende Angaben zu machen.

Die erste Frage wäre: Welche Zeit im Jahr ist der Arbeiter in der Regel beschäftigt, und welche Zeit muß er aus anderen als persönlichen Hindernissen feiern?

Die zweite Frage: Welches ist der höchste, und welches der niedrigste und welches der gewöhnliche Arbeitsverdienst in der Zeit, während welcher wirklich gearbeitet wird? d. h.: Was wird für die gearbeitete Schicht wirklich bezahlt? Wie lang ist der Arbeitstag?

Die dritte Frage ergiebt sich dann aus den beiden vorhergehenden:

Was ist der höchste, der niedrigste und der gewöhnliche Jahresverdienst?

Hieraus berechnet sich der durchschnittliche Wochenlohn.

Die Angaben müssen für Stücklohn und für Wochenlohn getrennt werden.

Ein genaues Protokoll von einer mit der Feder vertrauten Person müßte geführt werden, in welches alle einzelnen, während der Verhandlung gemachten Angaben genau eingetragen werden.

So würde sich ein Bild von den Lohnverhältnissen eines Gewerbes ergeben, das von den Innungsvätern sicher weit abweichen würde. Man versuche es einmal, vielleicht sind bessere Resultate zu erreichen, als mit der Zettelstatistik. Wenigstens würden solche Versammlungen das Verständnis und das Interesse für die statistischen Aufnahmen erwecken und die Zettelstatistik würde dann besseren Erfolg haben, als es heute in der Regel der Fall ist.

Daß in solchen Versammlungen vor Allem Rede-

freiheit für jede Ansicht, auch für die Schönfärberei sein muß, ist selbstredend. Die Erforschung der Thatsachen wird schon das Richtige ergeben. □

Wie das Bürgerthum einst demokratisch war.

Als das Bürgerthum durch die französische Revolution zur Macht gelangte, da legte es in seiner „Erklärung der Menschenrechte“ alle die Grundideen nieder, von welchen in Zukunft das ganze politische und gesellschaftliche Leben beherrscht sein sollte.

Die Erklärung vom August 1789 ist so denkwürdig, daß wir sie an dieser Stelle wiedergeben wollen. Sie lautet:

1. Alle Menschen werden frei und an Rechten gleich geboren und bleiben es. Die gesellschaftlichen Unterschiede können ihren Grund nur in der allgemeinen Wohlfahrt haben.

2. Der Zweck aller bürgerlichen Verfassung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Rechte der Menschen. Diese sind: Freiheit, Eigenthum, Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.

3. Der Ursprung aller Machtvollkommenheit ist wesentlich das Volk. Keine Körperschaft und kein einzelner Mensch kann ein Ansehen geltend machen, ohne daß es ausdrücklich von dem Volk abgeleitet ist.

4. Die Freiheit besteht darin, daß man Alles thun darf, was keinem Andern schadet; also hat die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen keine andern Grenzen als die, welche den übrigen Gliedern der Gesellschaft den Genuß der nämlichen Rechte verschieren. Diese Grenzen können nur durch das Gesetz bestimmt werden.

5. Das Gesetz darf nur die Handlungen verbieten, die der Gesellschaft schädlich sind. Was nicht durch das Gesetz verboten ist, darf nicht verhindert werden, und Niemand kann gezwungen werden, das zu thun, was das Gesetz nicht bezieht.

6. Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Staatsbürger sind berechtigt, in Person oder durch Bevollmächtigte (Abgeordnete) an der Schaffung desselben Theil zu nehmen. Es muß, schärfend, oder strafend, für Alle dasselbe sein. Da die Staatsbürger in den Augen desselben alle gleich sind, so müssen sie auch alle auf gleiche Art zu allen öffentlichen Würden, Stellen und Aemtern zugelassen werden, nach ihrer Befähigung und ohne andern Unterschied, als Charakter und Talente unter ihnen machen.

7. Niemand kann angeklagt, in Verhaft genommen oder gefangen gehalten werden außer in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und nach den durch dasselbe vorgeschriebenen Formen. Der willkürliche Nachregeln verlangt, wer sie ausübt, vollzieht oder vollziehen läßt, muß bestraft werden; aber jeder Bürger, der vermöge des Gesetzes erfordern oder ergriffen wird, muß augenblicklich gehorchen; Widerstand macht ihn strafbar.

8. Das Gesetz darf keine andern Strafen festsetzen, als die im strengsten Sinn und augenscheinlich notwendig sind; Niemand kann gestraft werden, als vermöge eines vor dem Verbrechen gegebenen, bekannt gemachten und nächst dem in aller Form angewendeten Gesetzes.

9. Da Jeder für unschuldig anzusehen ist, bis seine Strafbarkeit erwiesen worden, so muß, wenn es unvermeidlich wird, Jemanden in Verhaft zu nehmen, alle Strenge, die nicht nöthig ist, um sich seiner Person zu versichern, durch das Gesetz ernstlich untersagt werden.

10. Keiner soll wegen seiner Meinungen, auch nicht seiner religiösen wegen, beunruhigt werden, wenn anders ihre Aeußerung die durch das Gesetz eingeführte Ordnung nicht stört.

11. Die freie Mittheilung der Gedanken und Meinungen ist eines von den kostbarsten Rechten des Menschen; jeder Staatsbürger kann also frei reden, schreiben, drucken, nur daß er für den Mißbrauch dieser Freiheit in den durch das Gesetz bestimmten Fällen verantwortlich ist.

12. Die Befähigung der Rechte des Menschen und Staatsbürgers erfordert eine öffentliche Macht. Diese Macht wird sonach zum Besten Aller und nicht zum besondern Nutzen Derer, denen sie anvertraut wird, errichtet.

13. Zur Unterhaltung der öffentlichen Macht und zu den Kosten der Verwaltung ist eine gemeinschaftliche Steuer durchaus notwendig. Diese muß unter alle Bürger nach Maßgabe ihres Vermögens gleich vertheilt werden.

14. Alle Staatsbürger haben das Recht, in Person oder durch Abgeordnete die Nothwendigkeit der öffentlichen Steuer zu bestimmen, dieselbe frei zu bewilligen, auf die Verwendung derselben Acht zu geben, den Antheil eines Jeden, die Vertheilung, die Eintreibung und die Dauer festzusetzen.

15. Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlichen Beamten Rechenschaft von seiner Verwaltung zu fordern.

16. Eine Gesellschaft, in welcher die Rechte nicht gesichert sind und die Trennung der öffentlichen Gewalten (Gesetzgebend und vollziehend v. Red.) nicht festgesetzt ist, hat keine Verfassung.

17. Da das Eigenthum ein unerblichliches und heiliges Recht ist, so kann Niemand desselben beraubt werden, außer wenn die öffentliche, gehörig erwiesene Noth es augenscheinlich fordert, und unter den Bedingungen einer genauen und im Voraus zu bestimmenden Schadloshaltung.

Freiheit, Gleichheit, demokratische Führung der Staatsgeschäfte, das Recht auf freie Aeußerung aller Gedanken und Meinungen, auf Widerstand gegen Unterdrückung — wie sieht es heute mit der Erfüllung aller dieser schönen Versprechungen aus?

Arbeiterversicherung, Gewerkschaftliches.

Der bekannte Zentralverband deutscher Industrieller hielt am Sonnabend in Berlin eine Delegirtenversammlung ab, um Stellung zum Entwurf des Bundesrathes zu nehmen. Die Delegirten sprachen sich aus:

für eine einheitliche Reichsversicherungsanstalt, bezw. für möglichst ausgedehnte, mindestens einen Bundesstaat umfassende Versicherungsanstalten, für das Umlageverfahren mit Ansammlung starker Reserven, für Heranziehung der Krankenkassen zur Begutachtung des Rentenanspruches.

Hervorzuheben ist besonders noch, daß die Großindustriellen erklärten, sie legten auf das Quittungsbuch vom Standpunkte der Arbeitgeber aus keinen Werth. Es sind also nur die Kleinmeister, welche hartnäckig auf dem neuen Arbeitsbuch bestehen, um ihre Arbeiter noch schärfer maßregeln zu können.

Das „Deutsche Volksblatt“ des Herrn Stöcker wendet sich voll heiligen Eifers gegen die verlogenen Sozialdemokraten, welche in der Alters- und Invaliden-Versicherung nichts sehen wollen, als eine — theils verbessernde, theils verschlechternde — Reform des Armenwesens. Mit welcher Sachkenntnis dabei das Organ für christliche Sozialreform auftritt, dafür nur einen Beleg. Das „Volksblatt“ schreibt nämlich:

Die Invalidenrente ist die größte Hauptfrage im Gesetzentwurf und die soll nicht nur den Krüppeln zu Theil werden, wie Herr Werner meint, sondern allen Arbeitern, welche ihre Berufsarbeiten nicht mehr verrichten können.

Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt offenbar nach dem Grundsatz: Ich kenne die Gesetzentwürfe der Regierung zwar nicht, aber ich lobe sie. Denn wenn allein will der Bundesrath die Invalidenrente zugestehen? Die Invalidenrente wird nur bewilligt unter der geradezu barbarischen Bedingung, daß der Arbeiter

„infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht im Stande ist, durch die gewöhnlichen Arbeiten, welche seine bisherige Berufstätigkeit mit sich bringt, oder durch andere, seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten den Mindestbetrag u. der Invalidenrente zu erwerben.“

Man muß so etwas schwarz auf weiß vor sich haben, um es für möglich zu halten! Alle Fabrikinvaliden dürften hier unendlich menschlicher sein; die Knappschaftskassen haben für den Begriff der Invalidität die Definition des „Vergiftigens“, d. h. der Unfähigkeit, weiter in den Bergwerken zu arbeiten. Auch die „Grundzüge“ hatten doch wenigstens noch insoweit Erbarmen, als sie nicht vorhandene Gesegentlichkeit, den Mindestbetrag der Rente zu verdienen, ebenfalls als zur Rente berechtigt bezeichneten. Der Gesetzentwurf aber wendet sich nur denjenigen Arbeitern zu, welche auf keinerlei Weise, sei es auch nur durch Lumpensammeln oder Stiefelputzen, noch 2 Mark 30 Pfennige die Woche verdienen könnten, auch wenn die größte Arbeitsnachfrage herrschte. Der Arbeiter bekommt also in der That auch nicht einen Pfennig, es sei denn, er habe es zum vollkommenen Krüppel, der keine Hand mehr rühren kann, gebracht. — Der Herr Einfender im „Deutschen Volksblatt“ hätte demnach sowohl „Jorn“ wie „Mitleid“ über das Auftreten der Herren Werner und Buhr sparen können und die Zeit für seine politischen Herzensergüsse lieber auf das Studium des Gesetzentwurfes verwenden sollen.

In München sprach am Sonntag voriger Woche der frühere Reichstagsabgeordnete Herr Ballmar über den Bundesrathsentwurf in 1/2stündiger Rede. Die Schray'sche Bierhalle war — so lesen wir im „Landboten“ — schon um 9 Uhr in der Frühe voll besetzt, so daß, wer um 10 Uhr kam, mit einem Stehplatz unter den Thüren und vor den Fenstern vorlieb nehmen mußte. Wer aber gar erst nach 10 Uhr kam, der konnte getrost wieder umkehren. An ein Beistimmen war für einen solchen Nachzüglerabsolut nicht mehr zu denken, trotzdem innen im Lokal Tische und Stühle zum großen Theile hinausgeschafft wurden, damit die Zuhörer, Schlichter an Schulter in Reihen formirt, in verdreifter Raumaufstellung sich aufstellen konnten. Daß die Polizeidirektion diesmal die Bewilligung zur Abhaltung der Versammlung erteilte und Herr Ballmar es ermöglichte, nach einer Pause von zwei Jahren wieder einmal in offener Volksversammlung vor den Männern der Arbeit zu erscheinen, hat Tausende und Abertausende übertraut. Es wird um diesen Preis deshalb auch gern darüber hinweggesehen, daß die Polizeidirektion den Maueranschlag, mittelst dessen eine allgemeine Einladung zu der Volksversammlung erfolgen sollte, verlagte und während der Versammlung selbst starke Gendarmenpatrouillen zu Fuß und zu Pferd in der Nachbarschaft des Versammlungsortes patrouillirten ließ. Auch der Besitzer des Hauses, dem ängstliche oder boshafte Gemüther furchtbar zugelegt haben und dem man weiß macht, sein Haus werde 10000 Mark weniger werth, wenn er die sozialdemokratischen „Knoten“ eine Versammlung darin abhalten lasse, wird wieder aufathmen, nachdem der Verlauf ein so brillanter war und sein Pächter Bierquantitäten verkauft, wie noch nie. — Die zum Schluß angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Die heute im Saale der Schray'schen Gastwirthschaft tagende Volksversammlung ist der Ansicht, daß die Alters- und Invalidenversicherung in der vorliegenden Gestalt den berechtigten Ansprüchen der deutschen Arbeiter nach keiner Richtung entspricht.

Die Höhe der Rente ist so vollkommen unzureichend, daß ihr Höchstbetrag im besten Falle als „Mindestbetrag“ ausreichend erscheint.

Die Zulässigkeit der theilweisen Auszahlung der Rente in Gestalt von Lebensmitteln ist unannehmbar.

Die Vorkosten sind zu lang, und die Altersgrenze für die Altersversorgung weitläufig zu hoch.

Die Anzahl der steuerpflichtigen Wochen im Jahre entspricht nicht den vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnissen und ist erheblich zu vermindern.

Der Antheil der Arbeiter an der Verwaltung entbehrt jeder ernstlichen Bedeutung.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts muß im vollen Umfange auf die Alters- und Invalidenversicherung ausgedehnt werden; eine Beschränkung derselben auf das bloß formale Gebiet ist zu verwerfen.

Völlig unannehmbar ist das Cuiuslibetbuch, welches das Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters wesentlich verschärfen würde, indem es ihn unter eine fortgesetzte Kontrolle des Unternehmers, wie der Verwaltungsbehörde stellt.

Das Gesetz ist nach dem vorliegenden Entwurfe keinerlei sozialreformatorische Maßregel, sondern nichts als eine Neuordnung des Armenwesens, durch welche ein großer Theil der Armenlast von den Schultern der Vermögenden ab- und auf die Arbeiter gewälzt würde.

Der jetzige Gesetzentwurf bringt somit den Arbeitern nach jeder Richtung weit mehr Nachteile als Vortheile und ist deshalb unannehmbar.

Im Uebrigen ist die Versammlung der Ansicht, daß ein wirkames Arbeiterschutzgesetz zusammen mit einem unbeschränkten Koalitionsrecht die Interessen der Arbeiter weit wirksamer fördern würde, als alle Versicherungsgeetze.

Aus Saalfeld a. S. schreibt man uns: Die Mitte des Monats September brachte einiges Leben in die hiesige politische Bewegung, die sonst nicht sehr merklich war. Nicht nur, daß die gewerkvereinerischen Arbeiterführer ihre Rede auszuwerfen beschlossen hatten, auch unser deutschfreisinniger Landtagsabgeordneter, der Herr Witte, bereifte den Wahlkreis. Mit dem Harmonieapostel, Herrn Kamin und dem Herrn Witte, traf durch einen Zufall Herr Kehler hier zusammen.

Die Versammlung des Herrn Kamin war sehr schlecht besucht. Etwa 15 seiner Anhänger und etwa 40 Sozialdemokraten wohnten

derselben bei. Trotzdem er ein Eingehen auf das eigentliche Thema seines Vortrages, Zwecke und Ziele der Gewerkschaft möglichst vermied und des Weiteren über die „soziale Reform“ der Regierung sich ausließ, die nicht auf der Tagesordnung stand, konnte er doch dem nicht entgehen, daß er in der Debatte von Herrn Kehler und Herrn Jocher von hier auf das eigentliche Thema gebracht und gründlich festgenagelt wurde. Der Vorsitzende kam ihm durch unerwarteten Schluß der Versammlung zu Hilfe.

Herr Witte sprach vor einer ebenfalls sehr schwach besuchten Versammlung, die auch zu etwa einem Drittel aus Sozialdemokraten bestand, in seiner nicht gerade sehr anregenden Art. Zu Anfang brachte der Vorsitzende und dann fast wörtlich ebenso Herr Witte dem Byzantinismus sein reichliches, doppeltes Opfer. Dann ging Herr Witte die Thätigkeit des Reichstages durch.

Der Herr war früher Sozialistenkreiser vom reinsten Wasser. Er hat hier früher einmal den anwesenden Sozialisten mit der Faust gedroht, und ihnen zugeordnet, er werde mit ihnen schon fertig werden, wie er schon mit anderen fertig geworden sei. Im Reichstag hat er mehrmals für Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt. Diesmal blies er Friedensschalmeien. Er sagte wörtlich: „Ich bin für Aufhebung des Sozialistengesetzes, und wegen der unberechenbaren Folgen, welche die bezügliche Aenderung des gemeinen Rechtes mit sich bringen könnte, der Ansicht, daß die Sozialdemokratie und ihre schweren Irrthümer bekämpft werden müssen in offener Rede und freier Diskussion, die durch das Sozialistengesetz so gut wie ausgeschlossen ist.“ Dieser Aeußerung folgte Hohngeächel der anwesenden Sozialdemokraten, da die „freie Diskussion“ in dieser Versammlung so aufgefaßt war, daß Herr Kehler das Wort von vornherein abgeschnitten war, weil man festsetzte, daß nur Wähler des Kreises zu „Anfragen“ das Wort erhalten sollten.

Auch über das Cuiuslibetbuch der Alters- und Invalidenversicherung äußerte sich Herr Witte dahin, daß er die Gefährlichkeit des Buches anerkennen könne.

Die Anwesenden, selbst die Anhänger des Herrn Witte, nahmen den Vortrag mit bemerkenswerther Kälte auf, obwohl sich Herr Witte viele Mühe gab, durch allerlei Mägdchen die Versammlung zu beleben. Kaum zum Schluß kam ein matted Bravo! und zwei bis drei Personen klatschten.

Die Versammlung am Tage darauf, in welcher Herr Kehler über die „sozialen Reformen“ der Regierung sprach, war von allem diesem das Gegenstück. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und der Vortrag wurde mit warmer Begeisterung aufgenommen, wie er lebendig und packend gegeben wurde. Freie Diskussion war gestattet, an welcher sich aber nur ein nationalliberaler Herr — übrigens recht sachlich — beteiligte. Die Versammlung nahm in einer Resolution gegen die Alters- und Invalidenversicherung und besonders gegen das Cuiuslibetbuch Stellung.

Herr Kehler sprach später noch in Boesneck und in Sonneberg mit Erfolg in sehr gut besuchten Versammlungen.

Der Bundesrath und die Zigarrenfabrikation.

Folgende Resolution wurde von einer öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung zu Braunschweig einstimmig angenommen:

Die heute in Braunschweig tagende öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung spricht ihr Votum über den Erlaß des Bundesrathes, betreffend die sanitären Verordnungen dahin aus,

daß der Erlaß in keinem Falle die Würdigung verdient, die derselbe vor der Oeffentlichkeit beanspruchen soll, weil sich derselbe nicht auf alle und jegliche Hausindustrie erstreckt.

Wenn die Versammlung auch prinzipiell für jegliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einsteht, so hat doch der Erlaß bei der heutigen planlosen Produktionsweise für die Verrückung der Tabakarbeiter keine Bedeutung.

Außerdem verzichtet die Versammlung auf alle anscheinenden Humanitätsvorlagen und Klassenbevorzugungen, indem sie sich mit allen Industriearbeitern solidarisch erklärt, die unter denselben unermesslichen Zuständen leiden.

Zum Schluß protestirt die Versammlung gegen jede Maßregelung des Arbeiterhandes und wird nicht eher den Regierungsorganen sich sympathischer gegenüberstellen, als bis dieselben durchgreifende Reformen, wie das seinerzeit von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Arbeiterschutzgesetz in die Hand nehmen und jegliche Maßregelung — durch Streikerlaß, Aufstellungen von Arbeiterverbänden, durch Versammlungsverbauung — sowie sämtliche, in die Rechte des Arbeiterhandes einschneidende Wirkungen zurücknehmen. Demnach geht die Versammlung über den Erlaß des Bundesrathes, der außerdem nur auf das Tabakmonopol, also ein selbstthätiges Spekulations-Interesse hinzielt, zur Tagesordnung über.

An die Drechsler Deutschlands! Lützenwalde. Kollegen! Freunde!

Auch in unserem Orte ist die Lage der Drechsler eine traurige. Die im vorigen Monat aufgenommene Statistik stellte nur Genüge fest, daß wir energisch Front machen müssen gegen das weitere Umstürzen der Mühlen in unserem Gewerbe, welche den Drechsler zu den schlechtest gezahlten Arbeitern machen würden. Wir beschließen deshalb, unsern Meistern folgendes zu unterbreiten, welches bis zum 16. September bewilligt sein sollte: Die Arbeitszeit soll nicht wie bisher 12 Stunden, sondern 11 Stunden betragen und auf Akkordarbeit 15 pCt. Zuschlag zu gewähren. Es ist uns aber von unsern Arbeitgebern ein solcher Bescheid zugegangen, daß an ein Zurückgehen von unserer Forderung nicht zu denken war, wollten wir nicht ganz und gar zu Grunde gehen. Wir waren deshalb gezwungen, am 20. September die Arbeit einzustellen. Im Ausstand befinden sich 34 Drechsler, darunter 15 verheirathete. Kollegen, Arbeiter allerwärts! Wir richten nun an Euch den Appell, sorgt für Ferhaltung des Zugangs nach hier und unterstützt uns in materieller Hinsicht nach Kräften, damit der Kampf zu unsern Gunsten endet, denn unser Sieg ist auch der Eure. Briefe und Sendungen wolle man richten an: Martin Köhler, Lützenwalde, Jüterbogstr. 8. — Alle arbeiterfreundlichen Mänter werden um Abdruck gebeten.

Bereine und Versammlungen.

— Die große öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter, Dreher, Drücker, Klempner, Formet, Schlosser, Schleifer, Schnittrbeiter u. s. w., die am Dienstag, den 9. d. M., Abends 8 Uhr, in Heydriks Lokal, Beuthstr. 20, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum allgemeinen deutschen Metallarbeiterkongress. Referent: Herr Gottfr. Schulz, stattfinden sollte, findet erst am Mittwoch, den 10. d. M., statt, weil an dem ersetzten Tage der Saal bereits von dem Verein junger Kaufleute gemiethet ist. Politische Genehmigung ist vorhanden.

— Achtung! Am Sonntag, den 7. Oktober, findet eine konstituierende Versammlung des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins statt. Es ist Pflicht eines jeden Töpfers, in derselben zu erscheinen. (Versammlungslokal s. Säulenanschlag.)

— Tischlerverein. Sonnabend keine Versammlung. Sonntag, den 7. Oktober, Herrenpartie nach Hermsdorf. Treffpunkt Stettiner Bahnhof, Abfahrt Morgens 7 Uhr 23 Minuten.

— Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr, Oranienstr. 51 bei Preuß. Cuiuslibetbuch legitimirt.

— Verein der Steinbauer Berlins und Umgegend. Die Generalversammlung findet am Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal Gartenstr. 123 statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl eines neuen Vorstandes. 3. Verschiedenes.

— Große öffentliche Versammlung der Maler und Berufsgenossen am Montag, den 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Tagesordnung: Die Bestrebungen der Arbeiterbewegung und ihre Bedeutung für uns Maler und Berufsgenossen. Referent: Kollege Buhr. 2. Diskussion. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird um zahlreichen Besuch gebeten.

— Der Fachverein der Rohrleger veranstaltet sein diesjähriges Wintervergügen am Sonnabend, den 20. Oktober, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's neu renovirtem Salon, Alte Jakobstr. 75. Billets sind zu haben bei den Komiteemitgliedern Aug. Hirsch, Rammstr. 96; Kockel, Ronbijouplatz 10; Handt, Langestr. 74; Karpentier, Rammstr. 87. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

— Der Interessen-Verein der Kisten- und Koffer-macher feiert am Sonnabend, den 6. Oktober, sein Stiftungsfest in Fiebigs Lokal, Gr. Frankfurterstr. 27/28. Großer Ball; Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Willy Dähne und des Salon-humoristen Karl Mertens. Kotillon. Billets sind noch zu haben im Arbeitsnachweise-Bureau im Restaurant des Herrn Heubeler, Franzstr. 6.

— Verband deutscher Zimmerleute. Lokalverband Berlin Centrum. Generalversammlung am Dienstag, den 9. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Lokalkasse für die Monate Juli, August und September. 3. Verschiedenes und Fragelasten.

— Fachverein der Puger. Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 11 Uhr, bei Scheffer, Inselstr. 10, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenabrechnung. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreichen Erscheinen ersucht der Vorstand.

— Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 8. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16 I. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Benndorff über „Der Kampf um's Dasein in der Natur“. 2. Abrechnung von der Dampferpartie. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste willkommen.

— Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Ortsverwaltung „Berlin III“ (für den Ost- und Nordbezirk Berlins.) Versammlung am Sonntag, den 7. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Seeger's Lokal, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Statistik und deren Werth für die Gewerkschaft“. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. — Ausgabe der Billets zum 27. Oktober.

— Unterstützungsverein der Maurer Berlins. Dienstag, den 9. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in Seeger's Lokal, Inselstr. 10, Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom letzten Quartal. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Unterstützungs- und Vereinsangelegenheiten.

— Fachverein der Tapezierer. Montag, den 8. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, findet in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75, eine Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Kollege Wildberger. 2. Vorstandes- und Revisoren-Wahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten. Mitgliederaufnahme vor Beginn der Versammlung. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

— Verband deutscher Zimmerleute Lokalverband Berlin West und Umgegend. Versammlung am Montag, den 8. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Sange's Salon, Steglitzerstr. 27. Tagesordnung: 1. Abrechnung des 3. Quartals 1888. 2. Verschiedene Punkte der Alters- und Invalidenversicherung. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Es findet die Kontrolle der Cuiuslibetbücher und Unterstützungsarten statt.

— Schneiderversammlung. Am Montag, den 8. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, findet im Neuen Klubhaus (Grüner Saal, part. rechts), Kommandantenstr. 72, eine von dem provisorischen Vorstand der in der am 17. September stattgehabten öffentlichen Schneiderversammlung gegründeten „Freien Vereinigung der Schneider Berlins“ einberufene Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Statutenberathung und definitive Konstituierung der Vereinigung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Mitglieder-Aufnahme. In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung erwartet der provisorische Vorstand zahlreiches Erscheinen der Kollegen.

— Kranken- und Begräbniskasse der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins. (G. H. 13). Generalversammlung der Mitglieder am Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Saeger, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Innere Kassenangelegenheit. 3. Verschiedenes. Das Kassenbuch legitimirt. Um zahlreichen Erscheinen der Mitglieder ersucht der Vorstand.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (G. H. 86, Hamburg). Aufnahmen finden jeden Sonnabend Abend von 8 bis 10 Uhr statt: im Norden Al. Hamburgerstr. 27 bei Wittschow, im Osten Langestr. 34 bei Hirsch, im Süden Reichenbergerstr. 16 bei Papold, im Westen Joffenerstr. 33 bei Falke.

— Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen. Filiale Berlin I. Generalversammlung am Dienstag, den 9. d. M., bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a. Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Berichtigung neuangewonnener Mitglieder. 2. Wahl eines Mitgliedes. 3. Festsetzung der Reueunterstützung. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.

— Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 7. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Böckel-Magdeburg über „Der Wunderglaube und die Bibelwunder“. Damen und Herren als Gäste willkommen.

Briefkasten.

Bauhändler Mag. Es bleibt dabei. Gruß! **Friedr. Müller.** Leider sind uns mehrfach Klagen über die Lässigkeit der Expedioren zugegangen. Sie können verlangen, daß Sie die Nummer Sonnabend früh erhalten. Im Nothfall wenden Sie sich an einen anderen Expediteur.

W. M. Rein, der Termin bis Ende des Quartals muß eingehalten werden.

S. G. Dortmund. Wenden Sie sich an Glaser-Scholz, Brangelstraße 32.

Geckendorf. Wir können nicht weiter liefern, wenn Sie nicht endlich abrechnen.

Jittau. Bestellen Sie es nur ruhig in Jittau selber bei einem Buchhändler. Sagen Sie, das Buch sei bei Reihner in Hamburg erschienen 1. Bd. 9 Mark, 2. Bd. 8 Mark.

W. T. Erhalten, wird besorgt. Ist das richtig, daß Domb. Straße 51 wohnt und ist nähere Angabe nicht nöthig?

Boje. Bestellung nicht erhalten, also kommen Sie ihn nur auf den Pelz.

Verbotene Bücher und Schriften.

Ein Staatsanwalt bemüht sich oft, Mit des Gesetzes scharfen Waffen Ein Büchlein, daß ihm nicht gefällt, Vomöglich aus der Welt zu schaffen.

Vertreibt er heute solche Schrift, Lieft man sie um so fleißiger morgen, So liegt es ob dem Staatsanwalt, Für den Vertrieb der Schrift zu sorgen.

(Lust. Matt.)